

Volkswacht

für Schlessen

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und in Ausgabungen der „Volkswacht“, Neue Gumpenstraße Nr. 5 und Neue Gumpenstraße 11, durch die Zweigstellen, Algarrenstraße 11, durch die Zweigstellen, sowie durch alle Ausdräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,10 Goldmark, monatlich 1,70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,00 Goldmark.

Organ für die werftätige Bevölkerung

Verlageort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlessen 20 Pf. Stellenangebote 10 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Vereinsnachrichten, Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das zweite Wort 2 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis um 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Gumpenstraße 4/5 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Der Katholikentag.

Ein republikanischer Präsident. — Der päpstliche Nuntius gegen den Nationalhaß. — Eine reaktionäre Heherin aus Oesterreich.

Der Deutsche Katholikentag begann gestern mit einem großen Aufmarsch der beteiligten Organisationen zu einem Festgottesdienst vor der Jahrhunderthalle, der ästhetisch ein imponierendes Schauspiel darbot. Der päpstliche Nuntius las den versammelten Zehntausenden die Messe und der Breslauer Kardinalfürstbischof hielt dazu eine Predigt, die mit der modernen Technik der Lautsprecher ihre gewollt antimodernen religiösen Gedanken durch die Massen hin verbreitete.

Es folgte eine geschlossene Versammlung, in der das Lokalkomitee — ohne seinen wegen Krankheit beurlaubten Führer Dr. Herschel — und das Zentralkomitee der Tagung, geleitet von dem alten Fürsten Löwentstein, ihre Berichte abhändelten. Bei dieser Gelegenheit wurde auch die übliche Entscheidung zur zölmischen Frage angenommen, die die Wiederherstellung der vollen Souveränität des Papstes fordert, aber durch ihren wiederkehrenden schematischen Wortlaut eine allzu deutliche Betonung dieses gegen den italienischen Staat gerichteten Verlangens gleichzeitig vermeidet. Dann wurde die Tagungsleitung gewählt. Vorstehend ist der rheinische Landeshauptmann Dr. Horion, ein Mann, der seit einiger Zeit zu den ernsthaftesten Kandidaten des Zentrums für führende Ministerposten gehört. Um äußerlich einen Ausgleich der Klassengegenstände zu markieren, sind die Vizopräsidenten ein christlicher Arbeitersekretär aus dem Saargebiet, ein württembergischer Graf und eine ostpreussische weibliche Abgeordnete.

Der Präsident der Tagung zeigte am Nachmittag in der ersten öffentlichen Versammlung durch eine programmatische Rede, daß er sein Amt nicht nur als Formsache aufsaßt. Nach einer kurzen Umschreibung des religiösen Tagungsthemas vom „Königtum Christi“ wandte er sich einer Betrachtung der politischen Lage der deutschen Katholiken zu, die auch außerhalb ihrer Kreise durch ihre Rührigkeit und ihre politischen Konsequenzen Beachtung verdient. Dr. Horion verglich die Rechtsstellung der Katholiken unter dem alten Regime und der Republik. Viele Klagen, die die Katholikentage vor zehn Jahren noch hätten erheben müssen, seien heute erledigt. Die stürmische Entrüstung über das Jesuitengesetz — das außer dem Zentrum nur von der Sozialdemokratie und einigen entschiedenen Demokraten belämpft worden war — sei der Freude gewichen, daß alle Orden, auch die Jesuiten, ihre Tätigkeit in Deutschland freitfaktieren könnten. Der Redner erinnerte dann an die alten Schikanen des Obrigkeitstaates gegen die Religion, die nicht die des preussischen Herrscherhauses war: heute sei nirgends im Deutschen Reich mehr die Abhaltung katholischer Gottesdienste, die einst verboten oder mit Strafe bedroht, nirgends mehr eine katholische Kirche gehindert, sich einen Turm zugulegen usw. An Stelle aller dieser Schikanen stehe jetzt in der Verfassung des Deutschen Reiches der Grundsatz, der wohl im Grundgesetz eines einzigen Staates in ähnlicher Weise enthalten sei: die unge störte Religionsübung stehe unter staatlichem Schutz und Selbstverwaltung jeder Religionsgesellschaft in den Schranken des für alle geltenden Gesetzes. Auch der völlige Ausschluß der Katholiken aus den höchsten Reichs- und Staatsämtern habe einer Besserung Platz gemacht, die am deutlichsten im nahegelegenen Reichsamt sei als vor zehn Jahren. Der Reichsanzler sei heute als altbewährtes Mitglied auf der Katholikerversammlung erschienen. (Stürmische Rundgebungen Dr. Marx.) Auch das sei vor zehn Jahren unvorstellbar gewesen. — Man versteht nach diesen Ausführungen, daß die Wahrung der schwarz-rot-goldenen Flagge im Tagungsstaat ernst gemeint ist. Bedeutet sie aber auch — wie Kurzhelge meinen — den Sieg des Klerikalismus im heftigsten Leben unter der Republik? Hören wir die Klerikalen selbst darüber!

Der Würdigung des politischen Rechtsfortschritts für die Katholiken durch die republikanische Verfassung stellt Dr. Horion fort ein recht pessimistisches Bild von der religiösen Entwicklung entgegen. Er steht im „wachsenden Unglauben ein Kriegerheer, während bei den Katholiken die Kirchen beknüppelt, zunehmende Religiosität als Folge des „großen Erlebnis“ feststellen zu können. Auch die Bewunderung der katholischen Religion und Kirche durch Andersgläubige, die Befehrung einzelner Intellektueller, und katholischer Tendenzen der bürgerlichen Philosophie, sowie die Bewunderung der äußeren Formen des katholischen Gottesdienstes seien kein Ausgleich für den vielfach

beobachteten Massenabfall. Dieser rechtfertige die Sorge, daß auch in Deutschland wie in manchen romanischen Ländern die Kirche bald ein Heer ohne Soldaten werden könnte.

Uebrigens pessimistische Töne in bezug auf die religiöse Massenentwicklung wurden auch in anderen Reden angeschlagen. Man wird dabei den Wunsch abziehen müssen, die katholische Kirche als oppositionelle Widerheit im modernen Kulturleben hinzustellen, die damit die Verantwortung für alle heutigen Formen des menschlichen Zusammenlebens ablehnen kann. Auch nach Abzug dieser Tendenz ist der Pessimismus der katholischen Führer zweifellos noch recht ernst gemeint und angesichts der mechanischen Wirkungen der heutigen Wirtschaftsordnung auch zweifellos berechtigt. Dieser Zusammenhang zwischen Wirtschaftsordnung und Entgötterung der Welt wird freilich vorruchtshalber von niemandem berührt. Siehen doch auch zahlreiche Unternehmer unter den Tagungsteilnehmern!

Nach dem Präsidenten kamen die führenden kirchlichen Würdenträger zu Wort. Der Kardinalfürstbischof suchte die Wahl von Breslau als Tagungsort als besonders notwendig hinzustellen, ohne aber mit seinen Gründen dafür recht herauszutreten.

Die Rede des Nuntius begann mit Komplimenten an Breslau und Schlessen, „dem Boden, auf dem zwei große Kulturen sich berühren und in ihrer Berührung wechsel- und schicksalvolle Geschichte geformt haben.“ Es folgte in klarem elegantem Deutsch mit leicht italienischem Akzent vorgetragene Anklagen gegen die Ablehr des sozialen Lebens von der Kirche, woraus alles Uebel entspringe wäre. Dabei fällt die scharfe Betonung der christlichen Grundsätze für die Beziehung der Völker und Staaten untereinander auf. „Nicht Nationalhaß, die Zerkleinerung der modernen Zeit, darf ihnen das Siegel aufdrücken, sondern das Bewußtsein, daß wir alle aus der Hand desselben Schöpfers hervorgegangen und durch die Gnade Kinder Gottes und Brüder Jesu Christi geworden sind.“

Es folgten Telegrammabsendungen an den Papst, an den Erzbischof von Mexiko — dessen Kulturkampf mit dem der Bismarckzeit verglichen wird — und an den Reichspräsidenten, das letztere in unpersönlicher Form mit der Stellung des Staatsoberhauptes begründet und Höchstpreu gelobt.

Dann kommen die Redner des ersten Tages zu Wort: zunächst ein babilischer Landpfarrer mit einer weiteren Predigt, dann die österreichische Bundesrätin Fürstin Starbemberg, deren Rede die scharf reaktionäre Einstellung der christlich-sozialen Dame des österreichischen Hochadels unverhüllt vordringen läßt. Sie wetterte nicht nur gegen „heidnische“ moderne Körperkultur und Vermännlichung der Frauenmode, sondern auch gegen die in Oesterreich noch umkämpfte, bei uns längst anerkannte Zivilehe und gegen jede rechtliche Ermöglichung der Ehescheidung. Sie nennt jede Bestrebung zur Strafmilderung für die Schwangerschaftsunterbrechung „gesetzliche Sanktionierung des Kindermordes in seiner feigsten Form“, verliert aber kein Wort über den Rindermord an den vor Hunger dahinstehenden Lebenden Proletariatskinder in der heutigen Gesellschaftsordnung. Die Lehre der katholischen Scholastik, daß das Kind im Mutterleib in den ersten drei Monaten noch kein Lebewesen sei, ist ihr unbekannt. ... Jede Bedrohung dieser heutigen Ordnung erscheint ihr als Bolschewismus. Selbst staatliche Jugendfürsorge reißt sie unter „marginalische Bestrebungen zur Zerstörung des Familienlebens“.

(1) ein, als ob erst die Fürsorge und nicht schon die Verwahrlosung der Jugend durch die wirtschaftliche Not die Familie bedrohen könnten! Die ganze Heerde schließt mit einer Warnung vor kulturpolitischen Kompromissen — im äußersten Gegenatz zu den nützlichsten Feststellungen des Präsidenten Dr. Horion über die Erfolge solcher Kompromisse.

Arbeiterredner kommen in den Haupttagungen nicht zu Worte. Für die christlichen Arbeiter gab es aber gestern Mittag eine Sonderversammlung, in der Stegerwald erklärte, das Ziel der christlichen Arbeiterbewegung sei, den Lohnarbeiter an der Wirtschaft „in dieser oder jener Form (1)“ zu beteiligen. Zum Verzweifeln sei kein Anlaß. (1) Das Reich müsse allerdings noch mehr für produktive Erwerbslosenfürsorge tun, speziell auch Ansehen dafür nicht scheuen. Mehr hat der anerkannte christliche Arbeiterführer über Ursachen und Bekämpfung der Wirtschaftskrise nicht zu sagen!

Die griechische Diktatur gestürzt.

Der Führer der nationalistischen Republikaner, General Kondilis, hat in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag sämtliche Minister des griechischen Kabinetts verhaften lassen und die Diktatur Pangalos gestürzt. Der Diktator selbst wurde verhaftet. Die Garnisonen von Athen und die der Provinzen haben sich der Bewegung bereits angeschlossen. Kondilis verspricht in einem Aufruf dem griechischen Volk, die Zwingherrschaft Pangalos zu stürzen und die Wahlen zum Parlament schnellstens durchzuführen. Den ersten näheren Schritt in diesem Sinne hat der neue Machthaber bereits dadurch getan, daß er den früheren Präsidenten der Republik, Admiral Konduroliis, aufforderte, die Präsidentenschaft wieder zu übernehmen.

Der Sturz des griechischen Diktators zeigt die Bruchigkeit des Diktatorstems überhaupt. Pangalos wurde persönlich, ähnlich wie Mussolini, als Uebermensch und sittlicher Erneuerer gefeiert, stützte sich aber tatsächlich nur auf die Gewalt der Waffen, während er ebenso wie alle anderen faschistischen Diktatoren die Zulassung freier Volkswahlen nicht wagen konnte. Mit denselben Mitteln, die ihm zur Herrschaft halfen, ist er auch wieder gestürzt worden. Es zeigt sich dabei, wie schon so oft, wie wenig auf die Dauer die Waffengewalt einer Minderheit bedeutet, wenn man die Träger der Waffen nicht vollständig von der Volksmehrheit isolieren kann. Die Erfüllung der Versprechungen der neuen Machthaber wird abzuwarten sein. Bezeichnend ist, daß sie unter der Frage der Demokratie und der freien Parlamentswahlen ihren leichten Sieg erfochten haben.

Westarp für Rechtsblock mit dem Zentrum.

Wie eine Begrüßung des Katholikentages mit einem Artikel des Grafen Westarp in der „Kreuzzeitung“ an, der gerade in der schlesischen deutschnationalen Presse sofort stark unterstrichen wird. Westarp wendet sich darin gegen den von einem Teil seiner Parteifreunde gepredigten Gedanken eines engeren Zusammenschlusses der Rechten, indem er nachweist, daß ohne das Zentrum alle Rechtsparteien zusammen weder im Reich noch in Preußen die Mehrheit haben. Vor Neuwahlen fürchtet er sich offenbar. Mit „Entschlossenheit“ und „Geschicklichkeit“ müsse das Zentrum daher dahin gebracht werden, wieder wie im Januar 1925 die Reichsregierung mit der Rechten zu bilden. In Preußen werde seine Loslösung von der Sozialdemokratie nicht leicht sein. Aufgabe der deutschnationalen Fraktionen wäre aber eine angemessene Regierungsbeteiligung im Reich und in Preußen.

Es ist bezeichnend, daß Westarp in diesem Zusammenhang kein Wort über die Fortführung der deutschnationalen Opposition gegen Locarno und Völkerverbund verlauten läßt. Für ein paar Ministerfessel ist den Deutschnationalen schließlich auch die „heiligste“ Entrüstung veräußert und sieht man erst darin, so hat man ja das Sabotieren eventuell leichter.

Das neue Reichsschulgesetz,

wie es sich der Reichsinnenminister, der den Vorentwurf dazu bereits fertiggestellt hat, vorstellt, soll in der Hauptsache nur ein Rahmengesetz werden. Was für ein Inhalt in diesen Rahmen hineinkommt, haben dann die Länder zu entscheiden. Der Reichsinnenminister hält sich, wie wir erfahren, streng an die Bestimmungen der Reichsverfassung, in deren Artikel 146 zur Neuregelung des Schulwesens es heißt: „Das Nähere bestimmt die Landesgesetzgebung nach den Grundsätzen eines Reichsgesetzes.“ Nach der Auffassung des Reichsinnenministers hat man sich bei den früheren Beratungen über das Reichsschulgesetz viel zu viel mit Dingen beschäftigt, deren Regelung besser den Ländern und Gemeinden überlassen wird. So könne z. B. die Frage des geordneten Schulbetriebes praktisch viel leichter von den Gemeinden entschieden werden, als generell durch den Reichstag. In der Anerkennung der Schulpflicht, Gemeinschaftsschule, Bekennerschule, weltliche Schule sei die Lösung des Problems nur durch Gleichberechtigung möglich. Die Entscheidung über die Einräumung eines bestimmten Schulstyps müsse in die Hand der Länder und Gemeinden gelegt werden. Der Wille der Erziehungsberechtigten müsse respektiert werden.

Das Argument, daß man ein Reichsschulgesetz um so eher im Reichstag durchbringt, je weniger man es mit den eigentlichen Schulproblemen belastet, hat natürlich etwas für sich. Wer zuerst will, erreicht oft gar nichts. Mit der Verlegung des Kampfertrains aus dem Reich in die Länder ist aber der Kampf selbst nicht entschieden. Wird sich die Schulfrage durch die Landesgesetzgebung leichter regeln lassen, als durch Reichsgesetzgebung? Wird das Kampfgesetz geringer, wenn fast des Reichstages ja und ja viele Landtage von den Schulfragen abgelenkt werden?

Ablehnung des Aufwertungs- begehrens ist Verfassungsbruch!

Von Dr. Ernst Gastein.

Die Schärfe der folgenden Ausführungen sollte unserer Meinung nach den Reichsinnenministern veranlassen, den Verfasser und unsere Redaktion wegen Verleumdung zu verklagen. Wir glauben, daß selbst ein heutiges ordentliches Gericht dann feststellen dürfte, daß der Rechtsstandpunkt der Reichsregierung gegen Volksbegehren unhaltbar ist. Die politischen Konsequenzen dieser juristischen Ausführungen, — die übrigens in wesentlichen Punkten in Uebereinstimmung mit Wätern der eigenen Partei von Dr. Küll, wie der „Frankfurter Zeitung“, stehen — werden vor allem darin zu sehen sein, daß die Reichsregierung in solchen Fragen keinesfalls mehr letzte Instanz bleiben darf.

Die Reichsregierung hat den Antrag des Gläubiger- und Sparerverbandes auf Zulassung eines Volksbegehrens über einen von dessen Führer Dr. Best vorgelegten Gesetzentwurf abgelehnt. In einem Artikel, der jetzt die Kunde durch die deutsche Presse macht, der auch in den „Breslauer Neuesten Nachrichten“ erschienen ist, sucht der Reichsminister Dr. Küll, der als Innenminister in erster Linie für die Ablehnung verantwortlich ist, diese Ablehnung zu rechtfertigen. Auf die wirtschaftlichen Gründe, die er vorbringt, soll nicht eingegangen werden. Seine rechtlichen Ausführungen sind unhaltbar. Ablehnung der Zulassung des Volksbegehrens ist Verfassungsbruch.

Nach Artikel 73 der Reichsverfassung ist ein Volksentscheid herbeizuführen, wenn ein Zehntel der Stimmberechtigten das Begehren nach Vorlegung des Gesetzentwurfes stellt. Dem Volksbegehren muß ein ausgearbeiteter Gesetzentwurf zugrunde liegen; dies ist hier der Fall. Der von Dr. Best ausgearbeitete Gesetzentwurf umfaßt 74 Paragraphen des gesamten Aufwertungsrechts, das er neu regelt. Gemäß § 73 Absatz 4 der Reichsverfassung ist ein Volksbegehren lediglich dann ausgeschlossen und der Volksentscheid der Initiative des Reichspräsidenten vorbehalten, wenn es sich um den Haushaltsplan, Abgabebefehle oder Befolgebungsordnung handelt.

Die Reichsregierung hat verkündet, daß der von Dr. Best vorgelegte Gesetzentwurf über den Haushaltsplan handelt und daher der Volksentscheid unzulässig sei. Was der Haushaltsplan ist, ist jedoch zwingend in Artikel 85 der Reichsverfassung bestimmt. Es heißt dort:

„Das alle Einnahmen und Ausgaben des Reiches für jedes Rechnungsjahr veranschlagt und in den Haushaltsplan einbezogen werden.“

Der Haushaltsplan ist also die Aufstellung der für ein kommendes Jahr vorgesehenen Einnahmen und Ausgaben des Reiches. Das weiß übrigens jedes politische Kind. Einen anderen Haushaltsplan gibt es nicht. Da aber der Gesetzentwurf des Dr. Best nicht ein derartiger Haushaltsplan ist, das heißt nicht die Aufstellung eines Voranschlags für alle Einnahmen und Ausgaben für ein kommendes Jahr enthält, mußte er zugelassen werden.

Die Reichsregierung begründet ihren Standpunkt damit, daß sich durch die vorangegangene Neuregelung der Anleihe- und Aufwertungsänderung ein Haushaltsplan ergab, und daß deswegen der Gesetzentwurf abgelehnt werden müsse. Mit dieser jämosen Begründung kann jeder zu Volksbegehren und Volksentscheid gestellte Gesetzentwurf abgelehnt werden. Es gibt kein Gesetz, das nicht irgendwie mittelbare Wirkungen auf die Einnahmen und Ausgaben des Reiches, auf den Haushaltsplan, äußert. Aber solche Gesetze können eben zu Volksbegehren und Volksentscheid gebracht werden, nur der Haushaltsplan selbst nicht, das heißt das Gesetz, worin alle Einnahmen und alle Ausgaben des Reiches für ein kommendes Jahr festgelegt werden.

Das Reichsgericht hat einmal entschieden, daß Hochverrat derjenige begeht, der gewalttätig ein Organ, das zur Bildung des Staatswillens berufen ist, an der Willensbildung verhindert. Das Volk, das seine Meinung durch Volksbegehren und Volksentscheid äußert, ist nach der Reichsverfassung ein solches zur Bildung von Staatswillen berufenes Organ. So schlechte Juristen sind die Mitglieder

des Reichskabinetts und ihre Berater nicht, als daß sie nicht wüßten, daß ihre Begründung der Ablehnung des Volksbegehrens verfassungsrechtlich ist. Sie verhindern aber, das Volk als staatswillensbildendes Organ tätig zu werden, sie begehen nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts Hochverrat. Wir werden die politischen und rechtlichen Konsequenzen aus dieser Erkenntnis zu ziehen haben.

Wie das Tagesblatt hört, beabsichtigt die Reichsregierung, die Aufwertungsbeschlüsse der Reichsregierung in den nächsten Tagen einen neuen Antrag auf ein Volksbegehren über einen Gesetzentwurf zur Aufwertungsfrage zu überreichen, der die Einwände der Reichsregierung berücksichtigt.

Rechtsradikale Geheimbesprechungen?

Ein Berliner Montagblatt weiß zu melden, daß in der Nacht vom letzten Donnerstag zum Freitag in Pommern auf dem Gut Pulkensee bei Blönitz und zwar im Hause des Herrn von Wedell eine Geheimtagung von 60 Führern rechtsradikaler Verbände stattfand. Die Beratung begann nachmittags und dauerte nach der gleichen Quelle bis Mitternacht. Als Teilnehmer sind besonders hervorzuhellen Kapitän Ehrhardt, der völkische Oberleutnant Bang, Juliusrat Claß, ein Mitglied des preussischen Staatsrats, Herr Jaxres, ferner die „Nationale Arbeitsgemeinschaft“ mit Freiherren von Gant und der völkische Reichstagsabgeordnete für Ostpreußen, Jürgen von Ramin. Das Montagblatt meldet, daß auch ein Reichswehroffizier aus Stettin an der Besprechung teilnahm.

Die „soziale“ Einstellung des „Stahlhelms“.

„Der Stahlhelm“ bringt in seiner Nummer 33 vom 15. August folgende Notiz:

„Soziale Fürsorge ist gewiß sehr schön, und man hätte nichts dagegen, wenn nicht unsere glorreiche Republik alles ins Gegenteil verkehren würde. Da haben wir also jetzt ein Knappschaftsgesetz. Dieses Gesetz ist einmal wieder zu einem Freiheitskrieg der Faulheit geworden. Ein kraftvoller Arbeiter erhält mit Frau und vier Kindern an Krankengeld mehr, als er an Lohn verdienen würde, wenn er volle 26 Schichten regelmäßig gearbeitet hätte. Erfolg: Seit dem 1. Juli haben sich die Krankheitsfälle um 50 Prozent vermehrt. Uns soll es nicht wundern, wenn die Kommunisten bald die Plätze herumführen: „Jedem Arbeiter sein verstaubter Joch.“ Bequemer kann man wirklich nicht verdienen.“

Eine geradezu erschreckende Unwissenheit über die Bestimmungen des Knappschaftsgesetzes offenbart sich hier. Mit solchem Unsinne sich ernsthaft auseinanderzusetzen, verlohnt nicht. Die Notiz zeigt — und deshalb haben wir sie zitiert — mit nicht mehr zu überbietender Deutlichkeit, daß der Stahlhelm nichts anderes ist als eine Hilfstruppe der reaktionären Unternehmer. Es gehört schon eine ziemliche Dosis von Frechheit dazu, den Bergarbeitern Faulheit vorzuwerfen. Der Stahlhelm sollte sich lieber in den Reihen seiner mit hohen Pensionen versorgten, noch sehr arbeitsfähigen Offiziersmitglieder umschauen, wenn er Leute aufführen will, die mit Nichtstun ihr Geld verdienen.

Aus dem Reiche.

Der Reichspräsident traf am Sonntag auf der Durchreise zu seinem Ferienaufenthalte in München ein. Einen Besuch bei dem General Ludendorff machte er nicht, dagegen hielt der Reichspräsident bei dem Organist der Orgel, dem Oberforstmeister F. Schich, ab, dessen unzulässige Rolle bei dem Novemberputsch im Jahre 1923 noch in allgemeiner Erinnerung sein dürfte. Am Nachmittag reiste der Reichspräsident nach Dietramszell weiter.

Strenge Durchführung des Menjurverbots — in Baden. Wie das „Berliner Tageblatt“ aus Heidelberg meldet, teilte der Heidelberger Polizeidirektor in einer Pressebesprechung mit, daß auf höhere Anordnung Bestimmungsmaßnahmen nicht mehr gebildet werden. Nachdem das Reichsgericht die stubentische Bestimmungsmaßnahme erneut als Zweikampf mit tödlichen Waffen bezeichnet hat, soll das Menjurverbot in Baden mit besonderer Strenge durchgeführt werden.

Wissenschaftler, Kuhnmann, der amtliche Organisator der Baromat-Verordnungen, ist, wie der „Vorwärts“ meldet, nunmehr offiziell in den Dienst der Hugenberzpreise getreten.

Kommunalwirtschaftliche Tagung in Wien. Der bekannte Deutsche Verein für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik, e. B., hält am 12. und 13. September in Wien seine diesjährige Tagung ab. Außer einem Geschäftsbericht sind folgende Vorträge vorgesehen: 1. Die Verwaltungsreform, Berichterstatter für Deutschland Dr. Müller, Präsident des Deutschen Städteverbandes, für Österreich Magistratsdirektor Dr. Hartel-Wien, für die Tschechoslowakei Dr. Ladmann. 2. Die Entwicklung der kommunalen Finanzen in den letzten Jahren, Berichterstatter für Deutschland Stadtkämmerer Dr. Karbing-Berlin, für Österreich Stadtrat Breitner.

Marx über außenpolitische Probleme.

Anlässlich seiner Anwesenheit in Breslau äußerte sich Reichstagslangler Dr. Marx, wie die „Schlesische Volkszeitung“ erzählt, zu den außenpolitischen Tagesfragen:

Unverkennbar hat Locarno Deutschland und insbesondere dem besetzten Gebiete mancherlei Vorteile gebracht. Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund war vorzuziehen für die verfloffene Märztagung. Daß damals nicht geschehen konnte, ist, wie auch die Vertragspartner von Locarno offen anerkennen, nicht die Schuld Deutschlands gewesen, und deswegen hat man uns auch zu sagen, daß die in Locarno verprochenen Rückwirkungen eintreten sollten, als ob Deutschland bereits Mitglied des Völkerbundes sei bzw. der Locarnovertrag bereits Rechtskraft erlangt hätte. Nun werden manche von Ihnen vielleicht dem entgegenhalten, daß ein praktisches Resultat dieser Versprechungen bisher kaum zu bemerken gewesen sei, und daß der jüdische „Geist von Locarno“ nachgerade sich nicht allzu sehr ausgewirkt habe. Ich werde zu, daß mir alle, die wir Hoffnungen auf Locarno setzen, unsere Hoffnungen bis jetzt nicht in dem Maße erfüllt zu sehen, wie wir es im Interesse unseres Landes und der Befriedung Europas gewünscht hätten. Wir werden aber nur allzu leicht bei der Beurteilung der Lage von heute den Vergleich mit der Lage von gestern, und da fällt der Vergleich doch — trotz allerlei berechtigter Beschwerden —, entziehen zugunsten der Lage von heute aus. Die Tatsache, daß nach der Räumung der Kölner Zone die Truppenzahl in der zweiten und dritten Zone sich zunächst noch um einige tausend Mann vermehrt hat, vergrößert mit der Zahl, die in den beiden Zonen vor der Räumung der Kölner Zone vorhanden war, ist eine schmerzliche Enttäuschung für uns gewesen. Frankreich hat nicht in dem Maße seinen Truppenbestand vermindert, als englische und belgische Truppen neu hinzuläßen. Die Hauptfrage ist uns, daß tatsächlich eine kühnliche Verminderung eingetreten ist, und diese kühnliche Verminderung zu erreichen, werden wir uns auch in Zukunft nicht weniger bemühen, als wir bislang darum bemüht waren. Ich hoffe bestimmt, daß es trotz mancherlei Widerstände gelingen wird, den berechtigten deutschen Wünschen Geltung zu verschaffen. Sie wissen, daß in der Zeit zwischen 15. März und 15. Juni bereits 4000 Mann alliierter Truppen aus dem besetzten Gebiet zurückgezogen worden sind. Eine größere Anzahl wird in den kommenden Wochen das besetzte Gebiet verlassen. Selbstverständlich genügt uns eine Zahl von 10000 Mann, die in der Presse genannt wurde, nicht. Eines ist allerdings notwendig, daß wir streng darauf bedacht sind, in alle Zukunft zwischenfälle im besetzten Gebiet zu vermeiden. Es geht einfach nicht an, daß lokale Reibereien zwischen den Besatzungstruppen und der Bevölkerung immer wieder auf die öffentliche Meinung der beteiligten Länder in einem Maße einwirken, das die politische Atmosphäre außerordentlich verschlechtert. Auch an das unbesetzte Deutschland scheint bisweilen die Mahnung berechtigt, daß vielfach gut gemeinte patriotische Kundgebungen außenpolitisch nicht immer günstige Wirkungen zeitigen. Wir verlangen von der Gegenseite eine Politik im Geiste von Locarno, wir verlangen von der Gegenseite auch eine Einwirkung auf die öffentliche Meinung im Geiste von Locarno. Gerade deshalb müssen wir uns peinlichst hüten, den falschen Verdacht aufkommen zu lassen, als verachteten wir, einen Geist zu pflegen, der mit dem Geiste von Locarno nicht in Einklang zu bringen ist.

Nun noch einige Worte über Deutschland und den Völkerbund.

Eines möchte ich dabei vorausschicken: wenn wir diesmal nach Genf gehen, so müssen wir die Gewißheit haben, daß Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund auch wirklich ohne Reibung vonstatten geht. Sollten sich im übrigen wider Erwarten in Genf abernfalls Schwierigkeiten ergeben, ähnlich denjenigen bei der Tagung im März, so wäre damit eine Situation geschaffen, die für viele an den dortigen Verhandlungen Beteiligte ebenso unerträglich wäre, wie für den Völkerbund selbst. Ich will heute nicht mehr des Näheren auf die Gründe eingehen, die zu dem ergebnislosen Verlauf der Märztagung führten. Es lag wohl nicht zuletzt daran, daß man entgegen dem Wunsche Deutschlands über die schwierigen Probleme zwischen den einzelnen Mächten verhandelte, anstatt ein Gremium des Völkerbundes selbst damit zu besetzen. Wir streben insbesondere die Erhaltung der Aktionsfähigkeit des Rates an und lehnen jede Veränderung ab, die als „Sicherung“ gegenüber einer künftigen deutschen Mitgliedschaft begründet wird. Wir wehren uns nur gegen eines: daß sozusagen ein Gegengewicht gegen Deutschland im Völkerbundsrat geschaffen werden soll, weil das dem Geist des Völkerbundes widerspricht. Gleichzeitig wollen wir aber vermeiden, daß in der Diskussion über die mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zusammenhängenden Fragen das freundschaftliche Verhältnis Deutschlands zu anderen Ländern getrübt wird. Wir treten daher nicht als Gegner irgendwelcher einzelner Kandidaten auf, sondern verlangen nur, daß die Interessen aller Völkerbundsmitglieder bei der Gesamtregelung maßgebend sind.

Die holländische Filmzensur hat den Film „Panzerkreuzer Potemkin“ freigegeben. Sie nahm im wesentlichen die gleichen Rürungen vor, die in Berlin durch das erste Verbot des Films hervorgerufen waren.

Jimmie Higgins.

(Roman von Upton Sinclair.)

Autorisierte Uebersetzung von Hermyna zur Kühlen. (Nachdruck verboten.)

„Freilich“, erwiderte Jimmie eifrig, und sein armer Kopf war bereit, daß er gar nicht bemerkte, wie er leoben alles gekostet hatte, was er verschweigen wollte.

Der Fragesteller schien über alles unerrichtet zu sein; es fiel ihm leicht, aus Jimmie herauszuloden, wie er den allein Rumme über die Gasfabrik, das Land und den Präsidenten Hüchen gehört, wie Rumme mit Keilly und fremden Deutschen zusammen geküßelt, und wie Heinrich, Kammes Neffe, Stahlröhren zerhackt hatte. Dann fragte der junge Mann nach Jerry Coleman. Wieviel Geld habe Jimmie von ihm bekommen und was habe er damit getan? Jimmie weigerte sich, Namen anzugeben, als jedoch der junge Mann andeutete, Jimmie habe vielleicht das Geld für sich behalten, brauche der Keilig-Maschinen aus. Weder ich, noch mein Freund Keilner haben einen Dollar behalten, obwohl es uns schwer fiel, unsere Nieten zu zahlen; Jerry Coleman besitzt alle Behältnisse. Sie können sich beim Genossen Gerritt, der Genossin Mary Allen und anderen Mitgliedern der Ortsgruppe erkundigen.“

Umöglich leude der junge Mann das Gewand auf die deutschen Genossen; zum Beispiel den Branarbeiter Schneider, der gehörte doch auch zu jenen, die die Winterungsverlöben, und hatte sich an der Bombenverschwörung beteiligt. Jimmie war empört, es gibt keinen Besseren Sozialisten als den Genossen Schneider, und Sozialisten haben nichts mit Bomben zu tun. Ja, aber der junge Emil Forster, heulte der nicht in seinen Aufhängenden Sprengstoffe her? Jimmies Empörung steigerte sich; er kenne Emil gut, der Junge sei ein Aufsetzwehner, ein besserer Arbeiter; wenn jemand dertel Gerüchte über ihn verbreite, seien sie glatt eklagen. Das Verhör währte etwa eine Stunde; der junge Mann empigte Jimmie bis ans Hut. Schließlich wurde er milder. „Ich habe dich erzählen wollen, was Jimmie über die Leute wisse, deren prodenteische Ansichten verabschiedet waren. Mein, die Regierung besitze keine Beweise gegen Schneider oder Forster, noch gegen andere lunafide Sozialisten, die sich als Sozialisten, die sich von deutschen Verschwörern als Werkzeug brauchen liehen. Und diese Verschwörer hatten Geld genug, um alle Munitionsfabriken des Landes zum Einsturz zu bringen.“

Der junge Mann, der sich selbst als „Geheimpolizist“ bezeichnete, hielt Jimmie eine Predigt. Ein ehrlicher Mann, wie Sie, sollte sich schämen, sich von deutschen Verschwörern narren zu lassen, die es darauf abgesehen haben, die amerikanische Industrie lahmzulegen, und das amerikanische Proletariat an der Nase herumzuführen.

„Sie wollen aber doch der Munitionserzeugung ein Ende bereiten“, meinte Jimmie.

„Damit Deutschland mehr Munition herstellen kann!“

„Ich bin auch gegen die Munitionsfabriken in Deutschland.“

„Was können Sie dagegen tun?“

„Ich bin ein internationaler Sozialist; wenn ich in meinem Lande den Krieg bekämpfe, helfe ich den Sozialisten der anderen Länder, ihn zu bekämpfen. Und ich werde ihn bekämpfen bis zum letzten Atemzug!“ Und nun donnerte Genosse Higgins eine pathetische Predigt auf den „Geheimpolitisten“ der Regierung los, der Jimmies Schicksal in der Hand hielt. Kein Sterblicher, der vor Jimmie Higgins den Krieg verteidigte, dürfte ohne Antwort bleiben — und wenn es Jimmie lebenslängliches Zuchthaus einbrachte.

Der junge Mann lachte, gutmütiger, als Jimmie dies je erwartet hätte. „Higgins“, sagte er, „Sie sind ein guter Mann. Sie können Gott danken, daß zufällig einer der Männer, denen Sie Ihr Vertrauen geschenkt haben ein Staatsdetektiv ist. Wenn wir nicht über Sie die Rechtshheit wüßten, wäre es Ihnen schwer gefallen, sich reinzuwaschen.“

Jimmies Mund stand weit offen. „Ein Staatsdetektiv? Wer ist ein Staatsdetektiv?“

„Keilly“, entgegnete der junge Mann.

„Keilly? Aber der war es doch, der mich verführen wollte!“

„Seyen Sie froh, daß Sie der Verführung widerstanden haben.“

„Bitterlich hat er auch Heinrich verführt!“

„Kein, Heinrich brauchte gar nicht erst verführt werden. Wir haben am Heinrich wollen unsere Nachforschungen angestellt; er hat Sprengstoffe hergestellt und im ganzen Land verteilt. Heinrichs heißt er weder Heinrich, noch ist er Kammes Neffe. Er heißt now Holz, ist ein preussischer Offizier, ein persönlicher Freund des Kaisers.“

Jimmie war sprachlos. Großer Gott! Da hatte er im Gespräch mit einem persönlichen Freund des Kaisers zusammengesehen; hatte seine Pfeife aus dessen Laborschrank gestohlen, hatte diesen persönlichen Freund des Kaisers einen Lotter, einen Gel-

genannt, ihm erklärt, ein richtiger Mechaniker könne in der Zeit ein Kugellager zusammenflicken, die er brauche, um in seine Hände zu spielen.

Herr Harrod, der „Geheimpolizist“, beschrie Jimmie, er müsse alles ausfragen, was er wisse, und Jimmie war bereit über seinen Irrtum empört, daß er hierzu völlig bereit war. „Sie werden vor Gericht erscheinen müssen“, sagte der junge Mann. „Haben Sie jemand, der für Sie aufstehen kann?“ Jimmie zerschlug sich den mühen Kopf. Genosse Dr. Service würde es vielleicht tun, wenn er überzeugt wäre, daß Jimmie nicht den Deutschen habe helfen wollen. Herr Harrod versprach, ihn davon zu überzeugen, telephonierte Dr. Service, den er zu kennen schien, an und berichtete ihm das Vorgesagene. Dr. Service entgegnete schließlich, er wolle eine Kauion von zweitausend Dollars erlegen und für Jimmies Erscheinen vor der Jury bürgen. Herr Harrod fügte hinzu, daß Jimmie heute abend freigelassen werden könne, falls Dr. Service verspreche, am nächsten Morgen persönlich zu erscheinen, um die Sache zu regeln. Der Doktor gab diese Versicherung ab, und Jimmie war bis um zehn Uhr des folgenden Morgens frei. Er verließ eilends das Postgebäude, wie eine Lerche dem Käfig entflieht.

Es war ihm eingeschärft worden, mit niemanden über die Angelegenheit zu sprechen; Jimmie erzählte er, er sei mit wichtigen Reparaturen beschäftigt gewesen. Am folgenden Morgen erhob er sich, um keinen Verdacht zu erwecken, zur gewohnten Stunde, stiebte dem Geschäft zu und harrte dort auf die verschlossene Tür, vor der ein Polizist auf und ab schritt. Dann kaufte er eine Nummer des „Herold“ und las die aufregende Geschichte der in Leesville entdeckten deutschen Verschwörung. Ein halbes Duzend der Verschwörer besand sich in Haft, etwa ein Duzend für die Empirerfabrik bestimmte Bomben war gefunden worden. Es war endlich gelungen, Franz Heinrich von Holz, der eine Brücke in Kanada in die Luft gesprengt und eine Höllenmaschine auf einem Passagierdampfer untergebracht hatte, zu erwischen.

Eine halbe Stunde vor der festgesetzten Zeit stand Jimmie bereits vor dem Postgebäude; Genosse Dr. Service erschien, und sie betraten das Haus, wo letzterer die Kauion erlegte, und Jimmie ein Papier unterschreiben mußte. Nachdem dies geschehen war, gab der grimmige Doktor Jimmie, in sein Automobil zu steigen, und nun kam ein furchtbares Geräusch; jetzt hatte Genosse Service Jimmie dort, wo er ihn hatte haben wollen, und dies mußte ordentlich ausgenüht werden.

(Fortsetzung folgt.)

Ein Jubiläum der Schmach.

Der Verrat deutschen Landes durch die österreichischen Christlichsozialen.

Aus Wien wird uns geschrieben:

In dieser Woche jährt sich zum fünfzigstenmal der Tag, an dem gemäß dem Friedensvertrag das deutsche Gebiet in West-Ungarn an Österreich hätte abgetreten, die westungarischen Deutschen, die so lange unter magyarischer Fremdherrschaft geschmachtet hatten, befreit und mit dem blutsverwandten Stamme der Deutsch-Österreicher vereinigt werden sollen — jener Tag, der in dem System der Schandverträge von Saint-Germain und Versailles, die das deutsche Volk entrechteten, als ein Tag der Befreiung eines deutschen Volkspolitikers, ein Tag der Freude für das ganze deutsche Volk hätte werden können, und der durch den schändlichen Verrat, den die Entente damals an ihrem eigenen Vertragswerk begangen hat, ein Tag der Schmach wurde, aber ein Tag der Schmach auch für das deutsche Volk, weil sich Deutsche gefunden haben, die die Burgenländer um ihr Selbstbestimmungsrecht, um ihr Recht auf nationale Freiheit bringen und weiter der magyarischen Fremdherrschaft ausliefern wollten und einen Teil des Burgenlandes auch tatsächlich wieder der magyarischen Herrschaft ausgeliefert haben. Eine Schmach, die um so größer ist, als es nicht irgendwelche unverantwortliche Personen waren, die den Hochverrat am deutschen Volke begingen, sondern die herrschende Partei Österreichs, die Christlichsoziale Partei, deren führende Personen, und deren führende Presse vor allem, alles taten, um die Vereinigung des deutschen Landes mit Deutsch-Österreich zu verhindern, und die ihren Sympathien mit den Unterdrückten der deutschen Burgenländer auch ganz offen Ausdruck verliehen.

West-Ungarn — das sogenannte Bierburgenland, jetzt kurz Burgenland genannt — ist ein deutsches Land seit jeher. Schon hundert Jahre, ehe die Magnaten nach Europa kamen, war es von Deutschen besiedelt. Gegen den Willen der Bewohner und trotz des Protestes der niederösterreichischen Stände wurde es von Ferdinand III. als Preis dafür, daß ihn die Ungarn zum König wählten, an Ungarn abgetreten. Nur äußerlich, durch Magyarisierung der Ortsnamen und durch Entsendung magyarischer Beamter, wurde das Land in den letzten Jahrzehnten magyarisiert. Seine Bewohner blieben kerndeutsch. Bei den Friedensverhandlungen in Saint-Germain erinnerte Dr. Renner die Sieger daran, daß wenn sie schon so viele Deutsche, die zu Österreich gehörten, den fremdsprachigen Nachfolgestaaten ausgeliefert hätten, sie die Deutschen West-Ungarns Österreich zurückzugeben verpflichtet wären. Aber er wollte das Land nicht annekstieren, sondern er wollte seine Bewohner in freier Abstammung entscheiden lassen, wohin sie gehören wollten. Aber die Entente fürchtete, daß dann auch das der Tschechoslowakei zugesprochene Gebiet von West-Ungarn für Österreich optieren würde, und lehnte die Volksabstimmung ab, sprach aber einen Teil des Burgenlandes Österreich zu, während sie das ebenfalls deutsche Gebiet von Steinamanger bei Ungarn beließ.

Ende Juli 1921 trat der Vertrag von Trianon in Wirksamkeit, und die Völkerankerkennungslehre ist, daß bis zum 27. August das Burgenland an die Organe der Entente abgetreten werden müsse, die es am 29. August weiter an Österreich abtreten sollten.

Aber je näher dieser Tag kam, um so eifriger rüstete Ungarn, um die Uebergabe des Landes zu verhindern. West-Ungarn war schon beim Osterputz Karl Habsburgs dazu ausersehen gewesen, das Aufmarschgebiet der Habsburger zu sein. In Steinamanger sah der monarchistische Bischof Mikos, bei dem Karl eingekerkert war, dort hatte auch der Oberst Lehar, die Hoffnung der Monarchisten, sein Hauptquartier. Von West-Ungarn aus hofften auch die österreichischen Monarchisten, die Herrschaft zu erlangen. Es war bekannt, daß die ungarischen Monarchisten in West-Ungarn ihre Freischarverbände anklammerten, um die Besitzergreifung des Landes durch Österreich gewaltsam zu verhindern. In dieser kritischen Zeit, da es um das Schicksal deutschen Volkes und deutschen Landes ging, begannen die Christlichsozialen eine Heise — gegen Österreich. Schon früher hatte das christlichsoziale Hauptorgan, die „Reichspost“, den Aufruf, den der seinerzeitige Staatsrat an die westungarischen Deutschen gerichtet hatte, beschimpft, obwohl er auch von den Christlichsozialen unterzeichnet war, und nun druckte das Blatt nicht nur alle Lügen der ungarischen Regierung über die Herrschaft des Bolschewismus in Österreich und über die Absicht der österreichischen Regierung, die Kommunisten auf West-Ungarn loszulassen, und alle Kundgebungen der magyarischen Gemeindevertretungen im Burgenland gegen den Anschluß an Österreich mit schändlicher



Die Eisenbahnkatastrophe von Hannover

Ist in ihren Ursachen noch nicht aufgeklärt. Unsere Bilder lassen erkennen, mit welcher furchtbaren Gewalt bei dem Unglück die Wagen umgeworfen und zerschmettert wurden. Das untere Bild zeigt die vom Bahndamm gerollte und umgestürzte Lokomotive mit Tender sowie Pass- und Schlafwagen. Das obere Bild zeigt die Unglücks-Wagen, bei deren Zusammenstoß die meisten Todesopfer zu beklagen sind.

Zustimmung ab, sondern es schilderte auch konsequent die Stimmung der Burgenländer so, als ob diese von Ungarn nicht weg wollten.

Aber je offensichtlicher es wurde, daß ungarische Banden sich der Uebergabe des Burgenlandes mit Gewalt widersetzen würden, um so offensichtlicher suchten die Christlichsozialen die Kraft Österreichs gegen diese Banden zu schwächen. Mit Rücksicht auf die ganz offenen Rüstungen der Banden beantragten die Sozialdemokraten in der Verwaltungsstelle, die aus allen Parteien des Burgenlandes zusammengesetzt war, und die die Verwaltung des Landes bis zur Vornahme der Wahlen führen sollte, daß die Besetzung des Landes durch reguläre Abteilungen des Bundesheeres vorgenommen werden solle, deren bloßes Erscheinen an der Grenze den Rüstplänen der Banden ein Ende machen und der deutschen Bevölkerung das Gefühl der Sicherheit geben müßte. Einstimmig nahm die Verwaltungsstelle diesen Antrag an. Aber sofort begannen die Christlichsozialen eine Heise gegen die Entsendung österreichischer Militärs ins Burgenland. Die „Reichspost“ veröffentlichte einen Artikel um den anderen, worin die österreichische Wehrmacht als kommunistisch hingestellt und die Entente gegen die Verwendung des Heeres bei der Besetzung des Landes aufgehetzt wurde. Am 24. August brachte das christlichsoziale Hauptorgan einen Leitartikel mit dem Titel „Trianon in Burgenland“, worin erzählt wurde, wie die Burgenländer weinen, weil sie zu Österreich müßten... „Wir verstehen es“, hieß es darin, „und ehren es, daß auch viele Burgenländer die staatliche Heimat nicht wechseln wollen, wie ein Heind, und noch bis zur letzten Stunde treue Anhänglichkeit dem Hause zeigen, das ihre Vergangenheit durch Jahrhunderte barg... Es gab keine Deutschen West-Ungarns, der sich mit weniger Stolz als Bürger des ungarischen Staates bezeichnet hätte, als der Magyar.“ Und in einer Schilderung eines Gottesdienstes in einer Kirche in Udenburg schrieb das Blatt an demselben Tag: „Die Feiertag des heiligen Stefan wurde zu einem Abschied von Ungarn. Lauter Schluchzen erfüllte die Kirche. Ein Augenzeuge sagt, man habe sich dem ergreifenden Eindruck dieser Stimmungsumgebung nicht entziehen können.“

Am 17. August hatte der ungarische Außenminister Banffy angekündigt, daß sich die Regierung bemüht sehe, zur Sicherung der ungarischen Rechte Bürgschaften zu verlangen, und am 18. August rühten die bewaffneten Ab-

teilungen der Hejas, Bronay und Otenburg im Burgenland ein. Und am 28. August meldete die ungarische Regierung, daß die militärische Räumung West-Ungarns beendet sei. Aber die Heise der Christlichsozialen gegen die Verwendung des Bundesheeres hatte die Wirkung gehabt, daß die Entente-Kommission ausdrücklich anordnete, daß Österreich zum Einmarsch im Burgenland nur Gendarmen und Finanzwache verwenden dürfe. Die zur Besetzung des Landes vorrückenden Gendarmen wurden von den ungarischen Banden, denen sich auch reguläre ungarische Gendarmerie und Militärpersonen in Zivil anschlossen, überfallen und zum Teil niedergemacht, und die Banden drangen bis auf österreichisches Gebiet vor. Der Bandenkrieg dauerte an und kostete Tausende von Toten. Um ein weiteres Blutvergießen zu verhindern, zog Österreich seine Gendarmen und Beamten aus dem Lande zurück und beschloß einen Appell an den Völkerbund. Ungarische Truppen besetzten wieder das Land. Die Magyaren fanden die Hilfe Italiens, und dieses setzte schließlich durch, daß Ungarn das Burgenland bis auf die Hauptstadt Udenburg räumte. Udenburg blieb mit Umgebung bei Ungarn, nachdem unter dem Druck der ungarischen Besatzung hier die Komödie einer Volksabstimmung veranstaltet worden war, an der die Deutschen die Teilnahme unter Protest ablehnten.

An dieses schändliche Verhalten der Christlichsozialen, an diesen schamlosen Landes- und Volksverrat muß man denken, wenn man der Besitzergreifung des Burgenlandes durch Österreich gedenkt. Das fünfzigjährige Jubiläum des Burgenlandes ist zugleich und vor allem ein Jubiläum christlichsozialer Schmach. G. P.

Auf einen Geheimbrief des früheren Reichskanzlers Michaelis an den Nuntius Pacelli

weist eine Erklärung des wirtschafts-politischen Abgeordneten Dr. Bredt hin, der als Mitglied des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses diesen letzten unparlamentarischen Reichskanzler der Friedensverhinderung anklagt. Michaelis sollte dem Vatikan eine Erklärung über die Rückgabe Belgiens abgeben, worauf dieser seine Friedensvermittlung fortsetzen zu können glaubte. Sowohl der Völkerverständigung des Reichstages als auch der Kaiser waren nach den Akten für die Erklärung. Michaelis entwarf sie auch, legte sie vor, schied aber dann einen Geheimbrief an den Nuntius, der die gewünschte Feststellung über Belgien ausdrücklich ablehnte.

Das bedeutet eine schwere nachträgliche Kompromittierung der Geheimdiplomatie des alten Regimes durch einen sonst selbst weit rechtsstehenden Abgeordneten. Man wird gespannt sein dürfen, ob Michaelis jetzt noch etwas zu seiner Verteidigung anführen kann.

Kleine Auslandsnachrichten.

Die Wahl des ischischen Staatspräsidenten findet nach der Verfassung im kommenden Frühjahr statt, aber jetzt schon spielt die Kandidatur des neuen Präsidenten in den Verhandlungen der bürgerlichen Parteien über die Bildung einer gemeinsamen Koalitionsregierung eine gewisse Rolle. Die katholischen Sozialen agieren heftig gegen eine Wiederwahl Mazarins. Sie finden hierbei eifrige Unterstützung bei den halb-jaschischen Nationaldemokraten, die seit langem die Wahl von Ramarcz propagieren. Die Entscheidung über die Kandidatur wird voraussichtlich bei den deutsch-bürgerlichen Parteien liegen.

Moskauer Argwohn gegen die Handelsstaaten. Nachdem Moskau es abgelehnt hat, an einer vorbereitenden Kommission zur Erledigung der Vorarbeiten für einen Garantiepakt zwischen den baltischen Staaten und der Sowjetrepublik teilzunehmen, scheint die Sprache der Sowjetblätter gegenüber den baltischen Staaten wieder schärfer zu werden. Jedenfalls veröffentlichte die offizielle „Iswestija“ einen langen aus dem Ausland zugegangenen Bericht, welcher die wirtschaftliche Lage Estlands sehr ungünstig schildert und sich gleich über die estnische Außenpolitik sehr mißtrauisch äußert. Es wird darin behauptet, daß das englische Kapital das ganze estnische Wirtschaftsleben durchdringe. Es sei „vollständig klar“, daß der politische Einfluß Englands dem wirtschaftlichen folgen werde. Weiterhin bringt der Bericht die Reize eines englischen Finanzmannes Williamson in Zusammenhang mit den in Moskau schon wiederholt geäußerten Besorgnissen wegen Errichtung einer englischen Flottenbasis in den Gewässern Estlands.

Aus Mexiko wird gemeldet, daß das Episkopat den Streitfall mit der Regierung jetzt vor den Kongreß und die Gerichte zu bringen beabsichtigt. Es hat zu diesem Zweck eine lange Erklärung ausgearbeitet, ohne daß die Ausschüsse für die Einleitung einer Verfassungsänderung durch den Kongreß gegeben wären. Da sich die Maßnahmen der Regierung auf den Klaren Worten der Verfassung stützen, dürfte auch das Gutachten des obersten mexikanischen Gerichtshofes sich gegen die Kirche aussprechen.

Aus aller Welt.

Ein internationaler Filmkongreß.

Vom 27. September bis 3. Oktober wird in Paris der erste internationale Filmkongreß stattfinden, dessen Einladungen und Tagesprogramm von der dem Völkerbund angegliederten „internationalen Kommission für geistige Zusammenarbeit“ ausgehen. Der Kongreß hat die Aufgabe, die moralische und künstlerische Zusammenarbeit der Völker zu erleichtern und zu fördern. Die Anregung erfolgte durch Professor Lucien Luchaires, den Direktor des „Völkerbunds-Instituts“, der auch die französische Filmkommission vertritt. An den Vorbereitungen für den Kongreß sind die französische Syndikatskammer der Kinematographie, die Gesellschaft der Filmautoren, das Syndikat der französischen Theaterbesitzer und der Verband der Filmpresse beteiligt. Unter den Eingeladenen befinden sich die Präsidenten und Delegierten der korporativen Filmorganisationen aller Länder, zahlreiche bekannte Filmregisseure, Filmhersteller und Abgeordnete der Regierungen, der Zensur, der Steuerbehörden, des öffentlichen Unterrichts- und Bildungswesens, der Künste usw. Der Präsident der französischen Republik wird den Kongreß persönlich eröffnen und französische Filmindustrie Lumiere wird den Ehrenvorsitz führen. Aus dem Programm der Tagung ist besonders hervorzuheben: Schaffung nationaler und internationaler Filmarchive, Förderung des Lichtspielwesens auf dem Lande, Einführung des Filmunterrichts in den Schulen, Beilegung der Zollabgaben für Filme mit wissenschaftlichem und kulturellem Charakter, Urheberrecht und Autorenrecht, schließlich die Förderung der Organisation eines internationalen kinematographischen Zentralbüros beim Völkerbund. Neben englisch und französisch ist auch deutsch als offizielle Kongresssprache anerkannt. Die deutsche Delegation steht unter Führung von Professor Einfeldt.

Der Kursgetel wird in den fahrenden Zug telephoniert.

Die Zugtelephonie in den D-Zugern auf der Strecke Berlin-Hamburg wird vom 23. August an einem weiteren Zweck nutzbar gemacht. Von diesem Tage an werden Wirtschaftsnachrichten an die fahrenden Züge übermittelt und dort für den Bedarf der Interessenten bereitgestellt. Bei diesen Kursfunft-Nachrichten handelt es sich um Kursnotizen aller Art (Deisen-, Getreide- und Metallkurse, Aktienberichte usw. des In- und Auslandes). Es sind die gleichen Kursübermittlungen, wie sie schon seit langem durch den Sender der Funkstelle Königs-Krohn aus den Wohnungen

dieser Nachrichten funktlephonisch gegeben werden. Während bei der funktlephonischen Uebermittlung der Kurse durch die Funkstelle Königs-Krohn aus bestimmten Gründen eine direkte Uebermittlung stattfindet, werden die an die Züge übermittelten Wirtschaftsnachrichten von der Zugtelephonie-Betriebsstelle dem Reisenden unmittelbar überträgt. Die im Zuge ausgenommenen Wirtschaftsnachrichten werden in den ersten vier Wochen nach Beginn des Dienstes kostenlos an das interessierte Publikum abgegeben. Nach Verlauf dieser vierwöchigen Probezeit, die dazu dient, die Uebermittlung des Dienstes technisch zu vervollkommen und Erfahrungen zu sammeln, in welcher Weise der Dienst weiter ausgebaut werden kann, wird eine geringe Gebühr erhoben werden.

Postmarder und Taschendiebe verhaftet.

Der Berliner Postbezirk gelang ein guter Fang. Fast zu gleicher Zeit konnten drei seit langem gezeichnete Taschendiebe und drei Postmarder ermittelt und verhaftet werden. Wiederholt waren in der letzten Zeit Geldbriefe, die nach Rügen gingen, ihres Inhalts beraubt worden. Die Ermittlungen ergaben, daß der 29-jährige Postkassierer Wölnitz, der die Postmagen-Leerzüge wiederholt nach Sagan begleitete, die Briefe geöffnet und einen Teil des Inhalts sich angeeignet hat. Wölnitz gab seine Unterschlagungen in vollem Umfang zu. Gleichzeitig wurden die Postkassierer Lohje und Deulitz vom Postamt W 30 verhaftet, die Rundfunkgebühren unterschlagen haben. Beide erklärten, sie hätten die Unterschlagungen ausgeführt, weil sie bei Rennen viel Geld verloren hätten.

Die Krankenschwester Fleißa.

die wegen Totschlags zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, hat den vom Verteidiger eingelegten Einspruch gegen das Urteil zurückgezogen.

Wirdelsturm über Berlin.

Berlin und seine weitere Umgebung wurden am gestrigen Sonntag von einem jakonartigen Sturm und bösen Regen gehetzt. Durch den Sturm wurden allerlei Unfälle zu Wasser und zu Lande herbeigeführt. In der Nähe des Magdeburger Platzes wurde ein umfangreiches Stangengerüst zum Einsturz gebracht. An der Langer Brücke in Potsdam kenterte ein mit zwei jungen Leuten besetztes Paddelboot. Der eine Insasse erkrank, während der andere getreilt wurde. Auf dem Müggelsee

kenterten etwa acht Segel- und Paddelboote. Die Insassen wurden sämtlich gerettet.

Im Fallschirm auf die Straße gefährt.

Ein furchtbares Fliegerunglück ereignete sich am Freitag bei den Übungen eines schwedischen Luftschiffgeschwaders in der Nähe von Stockholm. Am Nachmittag sollte eine Parade über der Stadt stattfinden. Es flogen sechs „Santa-Brandenburg-Maschinen“ auf. In der vordersten Maschine befand sich Kapitän Ehrensvärd, der Chef der 1. Marineflieger, in der zweiten Maschine Leutnant Hard. Die sechs Begleiter sollten gleichzeitig einen Fallschirmsprung von den Flugzeugen aus vornehmen. Als die Maschinen dreimal die Stadt überkreuzt hatten und sich in einer Höhe von etwa 500 Meter befanden, kletterte Leutnant Hard aus seinem Flugzeug heraus und gab den fünf Kameraden das entsprechende Zeichen. Vier Flieger sprangen zusammen mit ihm ab, während Ehrensvärd zögerte. Zwei der Fallschirme entfalteten sich nicht und die Leutnants Tenenberg und Finnilen stürzten auf die Straße. Beide waren sofort tot. Die Militärbehörden erklären jetzt, daß sie ihre Genehmigung für den Sprung nicht erteilt hätten.

Eindringlingskahl auf der Atropolis.

Aus dem Museum auf der Atropolis in Athen wurden dieser Tage sechs antike Marmorstatuen geklaut, nachdem es den Dieben, von denen bisher keine Spur gefolgt, gelungen war, den Eingangstor aufzubrechen. Nach dem Urteil des Direktors Akrotolis von der archäologischen Abteilung waren die Diebe jedoch keine Metertumstener, da sie nur Kunstwerke von geringem Werte mitnahmen und ebenso leicht ersichtbare Messerwerte unberührt ließen.

Ein Mittel gegen die Malaria.

Drei Forscher der Pharmazeutischen Abteilung der Farbenfabrik Bayer in Leverkusen haben nach mehr als zehnjährigen Versuchen ein Heilmittel gegen die Malaria entdeckt, das nicht nur im verkümmerten Maße die Eigenschaften des Chinins aufweist, sondern eine völlige Abtötung der Keimträger und die Beseitigung ihrer Fortpflanzung bewirkt. Die Erfinder wollen ihr Mittel auf dem Naturforschertag in Delft, am 22. September, vorstellen.

Breslauer September-Fest!

„Die Stadt im Monde“

vom 4. bis 19. September 1926

auf dem Gelände der „D. L. G.“ (Landwirtschaftlichen Ausstellung) Gandau-Schmiedefeld
(an der Endstation der Linie 6).

Große neuartige Schaustellungen und Vorführungen.

4451

Nach langer Krankheit verstarb am Sonntag, den 21. August, unsere liebe Sangeschwester

Frau Marie Heinze
im Alter von 46 Jahren. 2675

Als treues, langjähriges Mitglied unseres Chores werden wir ihrer Mitarbeit immer gedenken und ihr Andenken stets in Ehren halten.

Der Volkschor Breslau.

Beerdigung: Dienstag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Paulus-Friedhofes in Cosel.

Ein treues Mutterherz hat aufgehört zu schlagen!

Am 21. August, morgens 3 1/4 Uhr, verschied sanft, nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, meine liebe Frau und treue Lebensgefährtin, unser gutes, nimmer müdes Mutterliebe, Schwiegertochter, Schwester, Schwägerin, Tante und Cousine

Frau Marie Heinze
geb. Dobras
im fast vollendeten 46. Lebensjahre. 581

Breslau, den 21. August 1926.
Leibnizstraße 60

im Namen der Hinterbliebenen
August Heinze als Gatte.

Beerdigung: Dienstag, den 24. August, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Paulus-Friedhofes in Cosel.

„Nordsee“



Nur Schmiedebrücke 19, rechts v. Ring aus.
Nur NeueSchweidnitzer Str. 5a, rechts v. d. Oaristraße aus.
Nur Bohrauer Str. 2, a. d. Telchstr.-Unterführung

Geschäftsführer: Feodor Trapp.

Unsere Fischbackstube in unserem Geschäft a. d. Schmiedebrücke hat einen **Anklang gefunden**, daß wir uns anderenorts schließen haben, in **Hauptgeschäft Bohrauer Straße 2** a. d. Telchstr.-Unterführung am Dienstag, den 24. 8., eine **2. Fischbackstube** zu eröffnen. Sie können **Jederz. Backfisch heiß a. d. Ofen** erhalten. Das Pfund kostet Dienstag **65** 1. Pfd. gebackener Fisch **1 1/4** Pfund und folgende Tage **65** 1. Pfd. gebackener Fisch **1 1/4** Pfund roher.

In unserem **Neue Schweidnitzer Str. 5a** zum gleichen Preise kalt erhältlich.

Ferner unsere Schlager:

- Feinste, tolle Bund-Aale** das Bund = **35** 3 Stück nur
- ff. Anchovis** 1 Ltr.-Dose **75** Die 1 Ltr.-Dose ergibt ein vorzügliches Familien-Abendbrot
- ff. Rollmöps** 1 Ltr.-Dose **88**
- ff. Bismarckheringe** 1 Ltr.-Dose **88**
- ff. russische Sardinen** 1 Ltr.-Dose **98**
- ff. Bratheringe** 1 Ltr.-Dose **110**
- ff. Hering in klarem Gold** 1 Ltr.-Dose **110**
- ff. Bratheringefilet** ohne Kopf, ohne Gräten, 1 Ltr.-D. **110**
- Feinste Vollfettbücklinge** 1/2 Pfund **14**
- Am Montag früh **2 Waggons billige Seefische**
- Feinster Seelachs** im Schnitt **22** Pfund
- Feinstes Goldbars** ohne Kopf **22**
- Feinstes Fischfilet** ohne Haut **60** do. dunkl. **42**
- weisse Fischfilet** ohne Gräten Pfd. **60** a-Seel-Pfd. **42**

Bitte genau auf die Firma zu achten:
Blau-weiße Flagge mit goldenem Schlüssel
Fernsprecher Stephan: 31840, 31841, 31842
Postcheck-Konto Nr. 3364. 13218

Am Sonntag, den 21. August, verstarb nach langer Krankheit unsere langjährige Parteigenossin

Frau Marie Heinze
im Alter von fast 46 Jahren. 2676

Ehre ihrem Andenken!

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Ortsgruppe Breslau.

Beerdigung: Dienstag, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Paulus-Friedhofes in Cosel.
Trauerhaus: Leibnizstraße 60. Distrikt 13.

Am 20. August, nachmittags 3 1/2 Uhr, entschlief sanft, an den Folgen des Krieges, nach mit großer Geduld ertragenem Leiden unser geliebter Bruder, Schwager und Onkel, der frühere

Kernmacher
Gustav Wagner
im Alter von 46 Jahren.

Breslau, den 20. August 1926.

Im Namen der tieftrauernden Geschwister
Gertrud Fiebig als Schwester.

Die Einäscherung erfolgt am 24. August, nachmittags 5 Uhr, im Krematorium Gräbschen. 579

Am Sonntag, den 21. August, früh 3 1/4 Uhr, verstarb unsere langjährige Parteigenossin

Frau Marie Heinze
geb. Dobras
im Alter von fast 46 Jahren. 2671

Wir werden ihr Andenken stets in Ehren halten

Die Genossinnen und Genossen des Distrikt 13 des Sozialdemokratischen Vereins.

Beerdigung: Dienstag, den 24. August, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Paulus-Friedhofes in Cosel.

Lokalsterbekasse des Deutschen Bekleidungsarbeiter-Verbandes Breslau.

Am Sonntag, den 21. August, verstarb unser Mitglied, Frau

Marie Heinze
im Alter von 46 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihr Die Mitglieder der Sterbekasse Breslau.

Beerdigung: Dienstag, den 24. August, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Coseler Friedhofes. 2669

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Heimgange meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, sprechen wir hiermit allen Verwandten und Bekannten, sowie seinen Kollegen, besonders aber Herrn Dr. Kramer für seine trostreichen Worte unseren tiefgefühlten Dank aus.

Breslau, den 23. August 1926. 583

Emma Feike
nebst Sohn und Tochter.

Befamtmachung!

Lieferung des Bedarfs an Wäsche, Kleidung usw. im Rechnungsjahr 1926 für die städtischen Armen-, Kranken- und Pflegeanstalten, frei Anstellen, zu vergeben. Bedarfsnachweis mit Bedingungen im Magistratsbüro XV, Büchsenplatz 6/7, II, Zimmer 18, gegen Erhaltung von 30 Pf. in der Zeit von 8-3 Uhr erhältlich.

Muster liegen in den im Bedarfsnachweise bezeichneten Anstalten in derselben Zeit aus.

Beschlossene Angebote mit entsprechender Aufschrift und genau bezeichneten Proben sind an die Anstaltsinspektion einzureichen, in der die betreffenden Muster ausgelegt haben.

Schlussfrist für die Einreichung **15. September 1926, vormittags 9 Uhr.**

Die Angebote werden im Beisein etwa erscheinender Mitglieder geöffnet werden am **16. September, vormittags 9 Uhr, im Krankenhaus zu Allerheiligen, 17. September, vormittags 9 Uhr, im Banzel-Garde-Krankenhaus, 18. September, vormittags 9 Uhr, im Säuglingsheim.** Der Magistrat.

Blühjote, Chailongue

Große Auswahl 12705
Tel. Telchstr. 30. - August, nachm. 29. - August, nachm. 5 Uhr, im Krematorium in Gräbschen statt.

Alf. Rowatny, Telchstr. 21/22.

Am 20. August verstarb die Frau unseres Sangesbruders Paul Zwick

Frau Martha Zwick
geb. Menge.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihr Die Mitglieder des A.-G.-V. „Echo“, gem. Chor, Tschansch. 2670

Beerdigung: Dienstag, den 24. August, nachm. 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle in Klein-Tschansch.

Deutscher Metzgerbäckerverband

Am Freitag, den 20. August, nachm. 3 1/2 Uhr, verstarb unser Freund und Verbandskollege, der **Kernmacher**

Gustav Wagner
im Alter von 46 Jahren. 2673

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Mitglieder der Verbandsstelle Breslau.

Die Einäscherung findet Dienstag, den 24. August, nachm. 5 Uhr, im Krematorium in Gräbschen statt.

Durch Unglücksfall verschied unser Mitbewohner

Herr Karl Peuker.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Mieter des Hauses Leuthenstr. 62

Beerdigung: Dienstag, nachmittags 4 Uhr. 14720

Schauspielhaus.

Operettenbühne. 12715
Tel. Stephan 37 460.

Täglich 8 Uhr:
Der große Erfolg!
„Donnerwetter — Ganz famos!“

Sonntags abends 8 Uhr:
Zweites Akt:
„Die leichte Fjabel!“

Musik von Robert Gilbert.
Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr:
„Amen-arie“.

Sonntag und täglich 8 Uhr:
„Die leichte Fjabel!“

Zurückgekehrt
Zahnarzt
Dr. Georg Gultmann
Schweidnitzer Stadtplatz 10

Von der Reise zurück
Dr. Hans Loewenstein
Königsstraße 1.

Fahrräder und Teile
Reparatur, Verstellung, Einstellen des Lichts bei **Jahres-Strang**
Telchstr. 21

Lobe-Theater Leasingstr. 8
Tel. R. 6774, 6700
Allabendlich 8 Uhr:
Berliner Ensemble-Gastspiel
„Olaf“
Tragödie eines Sportlers
Erst Lesung

Gegen Vorzeigung dieses auf allen Plätzen halbe Rassenpreise

1 großes leeres Zimmer
mit Anlegegelegenheit per bald gesucht. Gefl. Zuschriften unter **31-346** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung. 13218

Dreikönigstee
gegen Asthma, Lungen-, Nerven-, Gallenstein-, Magen-, Leber-, Rheumatismuseiden etc.
Erhältlich in den Apotheken: Breslau Apotheke zur Hygiene, Tauentzienstraße 91, Ecke Grünstraße. Broschüre kostenlos durch **N. Fischer & Söhne, Dinkelsbühl 1, Bay.** 13217

Nähmaschinen
Neue und alte Nähmaschinen
Leichte Teilzahlung
Greiner, Herrenstr. 24
Eigene Reparaturwerkstatt.

Nähmaschinen
3 Singer u. 5 Sonst. wie neu, 25, 50 u. 35 Mark, 3 1/2 Garant.
Winzlers, Gohliser Str. 45.

Warnung!

Wenn die unwahren Behauptungen, die gegen mich und Herrn Stellmacher Wenzel, Qualtau, in Umlauf sind, nicht aufgehört, werde ich die Personen gerichtlich belangen.
Steinarbeiter Paul Zubiš, Kalltenbrunn.

Sofort Geld

auf Händen!
Reichhaus Rother
Albrechtstraße 43, L. 13214

Arbeitsmarkt

Junge Frau
sucht Verdiennung für mehrere Stunden am Tage. Angebote unter **St. 345** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

150-500 Mk. wöchentl.

verdienen Sie durch Waren-alleinvertrieb. In Existenz. D. R. P. Volksmassenartikel.
Walter Hansen, Hamburg 20.

Kleine Anzeigen

Ges. Bordbett, gut schreit, billig zu verkaufen. **Heilmann, Barmerstraße 40, 2. Hinterhaus, pl.**

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 23. August.

Die Ausstellung der Kleingärtner.

Der Bezirksverband Breslauer Kleingärtenvereine eröffnete am Sonntag vormittag seine Kleingärtenbau-Ausstellung mit einem Festakt im geschmückten Saale des Zoo, zu dem sich Vertreter aller Behörden, Angehörige verwandter Organisationen und Freunde des Kleingartenbaus in großer Zahl eingefunden hatten. Außer den bereits Genannten konnte der Verbandsvorsitzende Oswald Bä r h o l d auch Vertreter der Mieter, der Kinderreichen, der Gewerkschaften und der Partei begrüßen. Der Redner wies in seiner Begrüßungsansprache darauf hin, daß der Wunsch und das Streben des Verbandes dahin gehe: Jeder Familie ihren eigenen Garten zu erschaffen. Der Bezirksrat Dr. K r u m e t z überbrachte den Dank der Stadt Breslau an die Kleingärtner und verband damit den des Oberbürgermeisters. Er wünschte der Ausstellung einen vollen Erfolg. Der Provinzial-Verbandsvorsitzende des Reichsverbandes der Kleingärtner Deutschlands, Rektor W e b e r, sprach den Wunsch aus, daß der organisatorische Gedanke unter den Kleingärtnern noch tiefer Wurzel fassen würde, um alle Kleingärtner zu einem großen Ganzen zusammenzuschließen. Lehrer W e n t z vom Landesverbande Schlesien, des Bundes Deutscher Bodenreformer, wies darauf hin, daß Bodenreformer und Kleingärtner das gemeinsame Ziel haben, das heilige „Land“ zu bebauen.

Eröffnet wurde die Stimmungsvolle Feier mit dem Musikstück: „Einzug der Gäste auf der Wartburg“ aus Tannhäuser. Ein Preispruch der Jugend: „Garten und Kind“ von Kläre Bartisch wurde von drei kleinen Mädchen ganz allerliebste vorgetragen. Der Inappetent des kleinen Gedichtchens war so einfach und doch so einbringlich, daß man die Trauer des Kindes, das in der Stadt wohnt und von Sonne, Blumen, Vögeln und Bäumen nur nichts im engen Stübchen träumen muß, direkt mit empfand. Doch hell war der Jubel des Kindes aus der Stadt, dessen Eltern einen Schrebergarten haben. Dieses Kind wohnt wohl auch im Häusermeer, doch ein Fleckchen Erde gibt ihm Sonne, Blumen, Vögel und Bäume.

Mit Gesangsvorträgen von Mitgliedern des Gesangsvereins Breslauer Lehrer, die das Tannhäuserlied: „Land heißt die Lösung!“ und das Paul Wittmannsche Lied: „Is der Frühling so“, prächtig zu Gehör brachten, schloß die offizielle Eröffnungsfest. Oberregierungsrat von Schrötter erklärte nun die Ausstellung für eröffnet, worauf sich die Festteilnehmer nach der Südhalle des Ausstellungsgeländes zu einer Besichtigung begaben. Am Wege, vom Zoo zur Ausstellungshalle, hatte die Jugend der Kleingärtner Aufstellung genommen. Man wandelte durch ein Meer von Blumen. Mit großer Liebe und viel Geschmaß waren auf kleinen und großen Wagen Blumensträuße in drin verpackt. Lauben und sonstige Arrangements aufgeführt worden. Schon diese wunderbar schöne Vorführung, mit der unübersehbar farbenprächtigen Blumen, ließ ein Gefühl des Bedauerns aufkommen, daß solche Kleingartenfreuden nicht jedem Kinde beschieden sind.

Ein Rundgang.

Blumen, Obst und Gemüse verwandeln die laute Ausstellungshalle in ein farbenreiches Stilleben. Nachdem man zunächst das ganze farbenfrohe Bild in sich aufgenommen hat und sich nun zu einem geordneten Rundgang anschaut, sieht man zunächst die Büste des Leipziger Arztes Dr. Schreiber, der die ersten Kleingärten ins Leben rief.

Die Schauausstellungen der verschiedenen Kleingartenvereine oder auch die einzelner Mitglieder, sind ausgezeichnet arrangiert. Mit tausendfältiger Mühe und Arbeit sind die Erzeugnisse so nett und appetitlich aufgebaut, daß man vor jedem Stande stundenlang verweilen könnte. Was ist da aber auch nicht alles zu sehen! Solche Erzeugnisse können nur mit ganzer Liebe und Hingabe erzielt werden. Wie sieht das Gemüse gesund und gepflegt aus! Krantöpfe und Oberkuben von kaum möglichem Ausmaß, Radishes so groß wie Eier, Riesenstangenbohnen, zentnerschwere Kürbisse und anderes, lassen den Betrachter aus dem Staunen nicht herauskommen. Die edelsten Sorten Birnen, herrliche Äpfel, Riesenreineclauden liegen zur Ansicht aus. Mit großer Mühe waren, eigens für die Ausstellung, noch die letzten Kürbisse und Johannisbeeren aufgehoben worden. Die wunderbar schönen Aufbauten, die zum großen Teil frische Erde als Untergrund haben, und auch hier der treuen Pflege bedürfen, lassen sich mit Worten gar nicht beschreiben. Jeder Freund der Kleingartenbewegung muß sich dies mit eigenen Augen ansehen. Eine ganz besondere Anziehungskraft übt ein vollständigiger Kleingarten in Miniatur aus. Vor einer reizenden Laube sitzen unter Bäumen, an dem einen Tische die Frauen beim Kaffeetrinken, während die Männer am anderen Tische ihren Stat spielen. Denn nach getaner Arbeit ist gut ruhen. Das Anrecht ist ausgeübt worden, die jungen Pflanzen sind begossen und nun kann sich auch der Mensch der Erholung hingeben.

Ferner aber sieht man auch allerlei Darbietungen belehrender Art. Man lernt die Nützlinge und Schädlinge des Gartens, die zweckmäßige Düngung, den Vogelschutz und anderes kennen. Bienehausern zeigen, daß man in einer Ecke seiner Kleingartens auch seinen Honig gewinnen kann. Kleintierställe für Kaninchen, Hühner oder gar Schafe lassen schon auf einen gewissen Wohlstand des Besitzers schließen. Eine Kollektion einschlägiger Literatur vervollständigt die Ausstellung. Zu erwähnen seien noch die herrlichen Blumen jeder Art. Mancher Kleingärtner hat sich auch auf diesem Gebiete mit Erfolg als guter Züchter versucht.

Aber über all den guten Erfolgen der glücklichen Besitzer von Kleingärten ist eine alte Forderung nicht vergessen worden. Auf einem großen Plakat ist die Frage gestellt worden: „Wo bleiben unsere Kriegerheimstätten?“

Nach dem Gesehenen muß sich jeder Besucher sagen, daß glückselig zu preisen ist, wer ein Gärtchen sein Eigen nennen kann, und durchaus begrüßenswert ist es deshalb, daß die Lösung des Verbandes heißt: „Jeder Familie ihren eigenen Garten!“, und als weiteres Ziel Heimstätten und Dauerkleingärten.

Leider ist die sehr wertvolle Ausstellung, deren Besuch jedem zu empfehlen ist, nur heute und morgen, von vormittags 10 Uhr bis abends 7 Uhr, geöffnet, so daß viele nicht in den Genuss kommen dürften, diese vorbildliche Ausstellung zu besuchen. Der Sonntag brachte bereits einen Massenandrang.

Eintrittspreis 50 Pfg., Arbeitslose gegen Vorzeigung der Stempelfarte 25 Pfg., Kinder 15 Pfg.

Hört es, Ihr im „Vorwärts“.

Aus Gräbchen schreibt uns ein Leser neben anderen Dingen: „Das Brot im „Vorwärts“ ist jetzt sehr gut; hoffentlich bleibt es so.“

Also, Ihr Arbeiter alle, das Brot im „Vorwärts“ ist gut, darum kauft es! Und Ihr in der Verwaltung, sorgt, daß es so bleibt! Laufende von neuen Mitgliedern wird das gute Brot dem „Vorwärts“ bringen.

Organisation der Wohlfahrtspflege in Breslau.

Galt bis Anfang 1924 die alten armenrechtlichen Bestimmungen der Landarmenverbände, so setzte auf Grund der Verordnung über die Fürsorgepflicht vom 13. Februar 1924 die neu geregelte Fürsorge für Hilfsbedürftige ein, die das ganze Reich zunächst einmal in Bezirksfürsorgeverbände einteilt, deren jeder mehrere Kreise umfaßt. Breslau bildet wegen seiner Größe für sich allein einen Bezirksfürsorgeverband.

Als Fundamentaltag der Breslauer öffentlichen Wohlfahrtspflege gilt: Die Fürsorge für Hilfsbedürftige wird im Auftrage des Magistrats durch das Wohlfahrtsamt und dessen Organe (Beamte und Anstalten) als Verwaltungsdeputation ausgeübt. Oder wie es in den Satzungen für das Wohlfahrtsamt vom 26. Juni 1925, § 2, heißt: „Das Wohlfahrtsamt hat die Pflicht, die den Bezirksfürsorgeverbänden durch das Gesetz vom 13. Februar 1924 übertragenen Aufgaben zu erfüllen und ferner alle Bestrebungen zum Wohle und zur Hebung des Volkes in sittlicher, geistheiliger und wirtschaftlicher Beziehung der Gesamtheit der Bewohner der hiesigen Stadt nutzbar zu machen. Es soll mit allen Organisationen der freien Liebestätigkeit und sozialen Fürsorge in enger Fühlung arbeiten und sich mit ihnen zum Zwecke gemeinschaftlicher

Das neue Recht der Frau!

Darüber sprechen am Mittwoch, den 25. August, abends 8 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses: **Oberschulrätin Frau Dr. Wegscheider-Berlin (M. d. L.)** Rechtsanwält **Dr. Ernst Eckstein-Breslau.**

Genossinnen und Genossen! Diese Versammlung muß gegen die unwürdige Stellung der Frau im heutigen Familienrecht, gegen die Achtung des unehelichen Kindes protestieren und für die rechtliche und sittliche Gleichberechtigung der Frau eintreten!

Auskunfterteilung und zur Durchführung einer einheitlichen Wohlfahrtspflege zusammenschließen.“ Die Organe des Wohlfahrtsamtes sind: 1. der Vorsitzende und seine Vertreter, 2. der Hauptausschuß, 3. die Ausschüsse.

Der Vorsitzende des Wohlfahrtsamtes ist zurzeit Stadtrat T r i g n e r. Er, wie seine Vertreter, werden vom Oberbürgermeister ernannt.

Den Hauptausschuß bilden zahlreiche Vertreter des Magistrats und der Stadtverordneten, ferner die jedesmaligen Vorsitzenden der einzelnen Fürsorgestellen, mehrere Bezirksdirektoren und -vorstände, je ein Vertreter der verschiedenen konfessionellen und nichtkonfessionellen Wohlfahrtsstellen, Vertreter des Ausschusses für Arbeiterwohlfahrt, des Gewerkschaftskartells, der Handwerks- und der Handelskammer, der Bezirksärzte u. a. m.

Während der Vorsitzende und der Hauptausschuß sich mehr mit Wohlfahrtsangelegenheiten allgemeiner Art, wie mit der Aufstellung von Richtlinien bei der Ausübung der gesetzlichen Wohlfahrtspflege, mit der Aufstellung des Haushaltsplanes und der Vertretung des Amtes nach außen betätigen, werden die einzelnen Aufgaben der öffentlichen Fürsorge von den Ausschüssen durchgeführt. Als solche verdienen vor allem folgende Erwähnung: 1. der Wahlausschuß, in welchem die Ehrenbeamten, Wohlfahrtsdirektoren, Bezirksvorsteher und deren Vertreter gewählt werden; 2. der Ausschuß für offenes Unterstützungswesen, umfassend die gesamten Wohlfahrtsbezirke, die sechs Kreisstellen, die Fürsorge der ausgebildeten Erwerbslosen. Er umfaßt auch als Unterausschüsse die Betreuung der Kleinrentner, Sozialrentner, des Mittelstandes und den Sozialen Beirat; 3. der Ausschuß für Kriegsbeschädigten- und Kriegerhinterbliebenenfürsorge.

Zur Durchführung der Wohlfahrtspflege ist die Stadt Breslau in 245 Stadtbezirke eingeteilt, von denen mehrere zusammengekommen einen Wohlfahrtsbezirk bilden. Ueber jedem Wohlfahrtsbezirk steht ständig eine Bezirkskommission, die sich zusammensetzt aus dem Wohlfahrtsdirektor, den Bezirksvorsteher der betreffenden Stadtbezirke, den Pflegern des Wohlfahrtsbezirks, dem Bezirksarzt und der zuständigen Familienfürsorgerein. Genannte Kommission tritt in der Regel zweimal im Monat zusammen, bei Anhäufung von Anträgen auch öfters.

Ohne in diesen Zeilen, die nur einen kurzen Ueberblick über den organisatorischen Aufbau der kommunalen Wohlfahrtspflege geben wollte, auf die mannigfachen Arten von Unterstützungen eingehen, sei als praktischer Schluß nur darauf hingewiesen, daß, wer noch von keiner Seite betreut wurde, also erstmalig seinen Antrag stellt, dies beim zuständigen Familienfürsorgeamt tun muß; unter Pflegschaft stehende Personen können Anträge jeder Art nur bei ihren Pflegern stellen. Für die ausgebildeten Erwerbslosen sind seit kurzem nicht mehr die Kreisstellen zuständig, sondern das auf der Sternschanze 8/9, Zimmer 15, neu errichtete Büro Ia Cw, wo sich nunmehr auch die Zuweisungsstelle für Notstandsarbeiten befindet, das bis dahin auf dem Ritterplatz war.

Daß plangemäß am weiteren Aufbau des Wohlfahrtsamtes gearbeitet wird bedarf keiner Erwähnung; dies ist auch eine der Hauptaufgaben des oben erwähnten Hauptausschusses und daran arbeitet wohl noch mehr die Not der Zeit, besonders auch die Not des kommenden Winters, die nach immer neuen Formen einer rascheren und wirkungsvolleren Hilfe schreit.

Ein übler Grub.

Ein katholischer Arbeiter schreibt uns: Anlässlich des Katholikentages haben eine Anzahl Breslauer Gastwirte und sonstige Geschäftsleute ihre Lokalitäten mit Fähnchen und Girlanden geschmückt, und zwar mit neutralen Farben. Herr Thomas vom Zoo glaubt aber, die Gäste zum Katholikentag mit den alten Unglücksfarben Schwarz-Weiß-rot begrüßen zu können. Er hat nämlich neben einem großen Empfangshaus, das mit den Worten „Herzlich Willkommen“ gezeichnet ist, eine Girlande über die Straße gezogen, in der einige schwarz-weiß-rote Fähnchen angebracht sind. Die Farben der Republik kann man trotz eifrigen Suchens nicht entdecken.

Ein Republikaner und Anhänger des Zentrums, welcher sich über diese Angehörigkeit und absichtliche Provokation bei Herrn Thomas beschwerte, wurde mit einer lächerlichen Miene abgewiesen.

Den zum Katholikentag anwesenden Gästen, die doch zum großen Teil Republikaner sind, ist es zu empfehlen, sich dieses Reiterbild von Herrn Thomas einmal anzusehen und weiterzugeben.

Die Volkssfürsorge

Das Versicherungsinstitut der deutschen Arbeiterkammer, hat im ersten Halbjahr 1926 recht beachtliche Erfolge aufzuweisen. Die Zahl der Versicherungsanträge stieg auf 117.000 und erreichte damit einen Bestand von insgesamt circa 670.000 Versicherungen. Die Versicherungssumme nahm um 500 Millionen Reichsmark zu und hat gegenwärtig eine Höhe von circa 2200 Millionen Reichsmark. An Sterbegeldern wurden in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 300.000 Reichsmark ausbezahlt; damit sind seit Umstellung auf feste Währung insgesamt 1,5 Millionen Reichsmark den Hinterbliebenen der bei der Volkssfürsorge verstorbenen Versicherten zugute gekommen. — Zur Förderung der Konsumgenossenschaften, des genossenschaftlichen Kleinwohnens usw. wurden Darlehen in die Höhe von 15 Millionen Reichsmark gegeben bzw. fest ausgesetzt.

Arbeiter und Angestellte, Gewerkschafter und Genossenschaftler, ihr dürft keine privatkapitalistischen Versicherungs-Bestimmungen unterliegen! Alle Versicherungsbedürfnisse des arbeitenden Volkes müssen bei dem eigenen Unternehmen, der von den freien Gewerkschaften und den Konsumgenossenschaften ins Leben gerufenen Volkssfürsorge, gedeckt werden.

Nähere Auskunft wird in den Büros der Gewerkschaften, im Arbeitersekretariat, in sämtlichen Ämtern des Konsumvereins „Vorwärts“, sowie bei den Vertrauensleuten und im Büro der „Volkssfürsorge“, Margaretenstraße 17, Zimmer 112, gegeben.

Strafantrag gegen die „Schlesische Zeitung“.

Volksgeweihepräsident Dr. Friedensburg (Berlin) hat an die „Schlesische Zeitung“ folgendes Schreiben gerichtet: In Ihrer Ausgabe Nr. 225 vom 14. August drucken Sie unter der Ueberschrift „Friedensburg-Volkssfürsorge“ ein Gedicht ab, das meine Tätigkeit als idiotisch bezeichnet. Ich kann Ihnen zwar versichern, daß ich meine persönliche Ehre nicht durch Schmähungen verletzt glaube, die letzten Endes ja nicht mir persönlich gelten, sondern dem Staate, dem ich diene. Immerhin kann ich gerade deshalb derartige Beleidigungen nicht auf sich beruhen lassen und habe deshalb die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft in Breslau mit der Bitte um Einleitung eines Strafverfahrens übergeben.

Sittlichkeitsverbrechen eines „Filmlehrers“.

Im Gartenhause der Körnerstraße 24 befindet sich eine sogenannte Filmschule, in der angehenden Filmschauspielern und Schauspielern Unterricht erteilt wird. Einer bei einem hiesigen Kaufmann beschäftigten Sekretärin, die in dieser Schule nachsprach, wurde bedeutet, daß sie zunächst 10 bis 20 Mark zu zahlen habe. Dann wurde sie von dem angehenden Filmlehrer für einen der nächsten Tage bestellt. Das Mädchen mußte sich vollständig entkleiden und wurde in diesem Zustande in mehreren Stellungen fotografiert. Zum Schluß wurde sie von dem „Filmlehrer“ vergewaltigt. Das Mädchen verfiel dem zunächst und machte erst kürzlich ihren Angehörigen von dem Treiben des „Filmlehrers“ Mitteilung. Es wurde festgestellt, daß dieser die bei ihm aufgenommenen Aufnahmen ein Publikum zeladen hatte, das hinter einem Vorhange verborgen, die intimen Szenen dieser Filmschule beobachten konnte. Gegen den Schuldigen, einen gewissen Emanuel Seidel, ist Anzeige erstattet worden. Der Fall wurde nach umfangreichen Vernehmungen an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet.

Vom Lebensmittelmarkt.

Die unerträgliche Teuerung schreitet immer weiter vorwärts. Wohl gibt es noch an manchen Stellen billige Angebote, doch auch hier liegen die Preise erheblich höher, als vor einigen Wochen. Allein die Entwicklung der Fleischpreise ist für den Arbeiterhaushalt sehr bedauerlich. Rostet doch jetzt das Pfund Schweinebauch durchweg 1,10 Mark, für andere Stücke zahlt man 1,20 und 1,30 Mark und für das Pfund Koteletts 1,40 und 1,50 Mark. Für das Pfund Lungenfett und frischen Speck muß man 1,20 Mark bezahlen, für das Pfund Räucherfleisch 1,50 bis 1,70 Mark. Das Pfund Rindfleisch ist mindestens mit 1 Mark zu bezahlen, solches ohne Knochen kostet 1,20 und 1,30 Mark, Kalbfleisch oder Füllfleisch 1,40 und 1,50 Mark das Pfund. Hammel- und Kalbfleisch wurde an verschiedenen Stellen als besonders preiswert angeboten, es wurden hier Pfundpreise von 1 Mark bis 1,30 Mark gefordert, für Kalbskeule ohne Knochen 1,50 Mark. Das Gefrierfleisch bietet sich zu den bekannt billigen Preisen an, während die Preise für Gefrierfleisch nur wenig von denen des Frischfleischs abweichen.

Auf dem Wild- und Geflügelmarkt hat man, wie immer, eine große Auswahl. Lebende und geschlachtete Hühner jeder Qualität bieten sich zum Pfundpreise von 1 bis 1,40 Mark an. Gänse kann man schon von 90 Pf. an das Pfund kaufen, die fertigen Tiere kosten allerdings bis 1,40 Mark das Pfund und für das Pfund junge Mastgänse zahlt man 1,40 Mark. Tauben kosten je nach Größe 70 Pf. bis 1 Mark das Stück. Regfleisch bietet sich in jeder Qualität reichlich zum Kauf an. Das Kalbsfleisch wird zu einem Pfundpreise von 50 Pf. abgegeben, für das Pfund Rehblatt zahlt man 1,20 Mark, für Rücken oder Keule 1,60 Mark das Pfund.

In den Fischgeschäften zogen die Preise vor einigen Wochen bereits etwas an. Als billiger See Fisch wird Seeaich zu 25 Pf. das Pfund verkauft. Kabiak hat einen Pfundpreis von 39 Pf. Es gelangt dann noch Thunfisch zum Verkauf zum Pfundpreise von 65 Pf. Dieser Fisch soll wie Rindfleisch schmecken. Außerordentlich gut hat sich bei den Hausfrauen der Brautfisch eingeführt, der, fertig gebraten zum Essen, für 70 Pf. das Pfund verkauft wird. In billigen Fischgeschäften gab es kleine Reifische, das Pfund zu 40 und 50 Pf. Geschlagene Bleie das Pfund zu 60 Pf., geschlagene Hechte und Karpfen von 90 Pf. das Pfund an. Der russische Zander hat einen Pfundpreis von 1,30 Mark, Oberzander einen solchen von 2 Mark. Für lebende Karpfen wurde der hohe Preis von 1,80 bis 2,10 Mark pro Pfund verlangt. Das Pfund lebende Schleie oder Aale wollte mindestens mit 2,30 Mark bezahlt sein. In Räucherwaren gab es Hüllinge zu 48 Pf. das Pfund, geräucherter Seeaich zu 60 Pf. und Riefer Sprötchen zu 1 Mark das Pfund. Sehr schöne geräucherter Klundern hatten einen Pfundpreis von 1,20 Mark. Schmackhafte Butterale werden noch immer hindelweiß verkauft.

Der Gemüsemarkt ist gut und reichlich versorgt; doch sind die Preise als nicht gerade billig zu bezeichnen. Einige Gemüsorten, wie zum Beispiel Schnittbohnen, wurden erheblich teurer, ihr Pfundpreis ist jetzt 20 und 25 Pf. Für das Pfund Wachsböden zahlt man mindestens 35 Pf. Eine schöne Mandel Oberkubben wird mit 20 bis 30 Pf. bezahlt. Die verschiedenen Kautorten halten noch fest an den hohen Preisen; so kostet das Pfund Weißkohl 1,80 und 10 Pf. Weißkraut 10 Pf. und Kottkohl 1,80 und 10 Pf. das Pfund. Von sehr guter Bekanntheit sind die Kohlrüben, von denen zwei Kubbel 15 Pf. kosten. Auch es nach Schoten, denen dapon verlangt das Pfund 40 und 50 Pf. Der Stürken-Fisch ist sehr teuer, für eine mittlere Kote zahlt man 60 und

70 Pf. An Gurken wurden heute die großen gelben Senfgurken angeboten, das Pfund zu 20 und 30 Pf. Salatgurken haben einen Preis von 15 und 20 Pf.; Einlegegurken hatten, je nach Beschaffenheit, recht verschiedene Preise. Das Pfund Pfefferlinge kostete 40 bis 50 Pf., das Pfund Steinpilze 30 Pf. Für das Pfund Zwiebeln wurden 15 und 20 Pf. verlangt, für das Pfund Perlzwiebeln 12 Pf. und für das Pfund Kerntöpfe 30 Pf. Sehr verschieden sind die Kartoffelpreise. Ihr Preis bewegt sich zwischen 5 und 10 Pf. Im Straßenhandel wurden sie für 4 Pf. abgegeben. Auch jungen Spinat kann man wieder haben, doch kostet das Pfund 20 und 25 Pf. Auf dem Obstmarkt sieht man nun schon allerlei Äpfel und Birnen. Außerordentlich reichlich ist auch das Angebot in Pflaumen. Das Pfund Pflaumen ist jetzt mit 55 und 60 Pf. zu beziehen. Die ausgelagerten Cappelstiche kosten aber 1 Mark und mehr das Pfund. Äpfel und Birnen kauft man schon von 10 und 15 Pf. an. Unter diesen befinden sich manche unheimliche Sorten, die aber einen recht guten Geschmack haben. Die Preisänderungen sind auch weiterhin 30 und 40 Pf. Brombeeren kosten 35 Pf. das Pfund und die ersten Herbstäpfel 25 und 30 Pf. das Pfund. Besonders billige Angebote werden jetzt in Bananen gemacht. Diese wohlgeschmeckenden Früchte werden schon mit 55 Pf. für das Pfund abgegeben. Tomaten stellen sich jetzt auf 35-45 Pf. das Pfund.

Die Butterpreise bleiben auch weiterhin auf ihrem hohen Stande stehen. Hin und wieder sieht man billige Angebote, doch sind dies Ausnahmen. Unglaublich teuer wurden die Eier, die man jetzt schon vielfach mit 12 und 13 Pf. ausgezeichnet sieht, frühere Liniere kosteten sogar 4 Pf.

Auf dem Blumenmarkt sieht man jetzt vornehmlich Herbstblumen. Auch die kostbaren Chrysanthemen schmücken bereits die Auslagen.

Unfähigkeit ist noch kein Unfleiß.

Eine in einem Wirtsgeschäft beschäftigt gewesene Verkäuferin war mit dem ihr ausgetretenen Zeugnis nicht zufrieden, weil darin wohl ihre Unfähigkeit bescheinigt worden war, aber ein Vermerk über den Fleiß fehlte. Auch wünschte sie ein Zeugnis auf einem losen Blatt Papier nicht in einem Buch. Der Herr hat der Deutsche Fleischerverband eingeführt. Das Gewerbeamt bezeichnete das als unzulässig. Auf die Frage, ob die Klägerin ihre Pflichten vernachlässigt und was sie sich habe zu Schulden kommen lassen, konnte der Beklagte nichts Positives erwidern. Er bemängelte nur ihre Unfähigkeit. Aufhin kam Gericht zu Urtheil. Aber Faulheit konnte er ihr nicht nachsehen. Das Gericht war der Ansicht, daß unter diesen Umständen höchstens von Unfähigkeit aber nicht von Faulheit die Rede sein könne. Es dauerte jedoch ziemlich lange, ehe der Beklagte sich davon überzeugen ließ. Er erklärte sich schließlich aber doch bereit, im Vergleichswege das Zeugnis in der verlangten Fassung und auf einem losen Blatt Papier auszustellen.

Unpünktliche Gehaltszahlung.

Was für einen Umfang heute die Stellenlosigkeit hat, ist bekannt. Wie aber die Angestellten, die noch in der glücklichen Lage sind, eine Stellung zu haben, oft entlohnt werden und wie lange sie oft warten müssen, um das verdiente Lohn zu bekommen, ist nicht immer bekannt. Recht interessante Aufschlüsse hierüber geben die Verhandlungen vor den Kaufmanns- und Gewerbegerichten. Es erscheint da z. B. eine Kontoristin, die mit einem Monatsgehalt von 90 Mark engagiert worden war. Ihr Arbeitgeber hatte das Geschäft erst ausgemacht; sie hatte nichts zu tun, soll nur probeweise engagiert worden sein, und eines Tages wurde sie entlassen, weil sie eine Viertelstunde eher nach Hause gegangen sein soll. Gehalt hatte sie noch nicht bekommen; der Arbeitgeber gab zu, daß das Geschäft nicht ging, und seine Bemerkung: „Es war ein Anfang und gleich ein Ende; ich habe das Geschäft kaum vier Monate gehabt, das ist bei der heutigen Geldknappheit schon lange genug“, wüßte sie recht die heutigen Verhältnisse. Er war auch zu einem Vergleich bereit, er will der Klägerin ratenweise geben, was ihr zuzukommen, wenn es ihm wieder besser geht. Eine Zwangsauflösung, sagte er, hätte bei ihm keinen Zweck, da schon alles gepündet sei. Ob die Klägerin hier wohl ihr Geld je erhalten wird?

Ähnlich dürfte es einer anderen Klägerin gehen, einer Fiktaleiterin, die einen seit Februar fälligen Restlohn von 237 M. einlagte. Sie hat ihr Gehalt immer unregelmäßig, meist erst Mitte des Monats erhalten, seit ihrer Entlassung im Februar, überhaupt nichts mehr. Die Beklagte erkennt wohl die Forderung an, zahlt aber nicht, weil das Geschäft faillirt geht und vertrittet die Klägerin immer auf später. Diese wollte sie nun nicht länger mit Versprechungen abspinnen lassen und erlangte jetzt ein Anerkenntnisurteil, auf Grund dessen, sie nun weitere Schritte unternehmen kann. Ob sie Erfolg haben wird?

In einem anderen Falle verlangte die Klägerin 465 Mark Gehalt und Zinsen seit Februar. Sie bekam monatlich 30 Mark, später nur 40 Mark, da nicht viel zu tun war. Im Juli schied sie ganz aus. Der Beklagte, ein früherer Offizier, sagte, daß sein Geschäft wegen Krankheit stark zurückgegangen sei. Er habe aber Aussicht, jetzt von der Kriegsverwaltung Hilfe zu erhalten und werde, sobald er in der Lage dazu ist, das Gehalt nachzahlen. Er habe das Gehalt gefürzt, weil bei ihm nur wenig zu tun war und er das Fräulein nicht den ganzen Tag beschäftigen konnte. Er wurde aber dahin belehrt, daß es nicht darauf ankomme, ob er die Arbeitskraft voll ausnützen könne, sondern auf die Abmachungen. Beide Parteien waren bereit, sich zu einigen. Der Beklagte hatte der Klägerin bereits einen Wechsel über 200 Mark gegeben und 150 Mark will er noch in zwei Raten zahlen.

In diesem Falle dürfte die Klägerin vielleicht noch in den Besitz der ihr zuzukommenden Summe gelangen, wenn auch rechtlich spät. Aber wie zahlreich sind die Fälle in denen die Angestellten trotz aller Bemühungen nichts erhalten können, und umsonst gearbeitet haben. Und wie unregelmäßig erfolgen oft die Lohnzahlungen. Es genügt sich heute eben niemand, und es ist immer noch eine beliebige wenn auch vielleicht nicht immer zureichende Ausrede: „Ich habe kein Geld, Sie müssen warten!“ Und wie viele von denen, die so reden, verfügen trotzdem noch über Villa, Auto und machen kostspielige Reisen.

Aber Löhne und Gehälter, diese Dappalien, verdirbt man rechtzeitig zu erledigen. Dies möchte man am liebsten durch jogende Behandlung, auf die Schulter klopfen, eine Zigarre und dergl. erledigt wissen und ist dann empört, wenn der Angestellte trotz dieser gewissenhaftigkeit noch die ihm tariflich zustehende Entlohnung fordert.

Ein Salaberger, der Geld asselt.

So mancher Breslauer Schulkunde ging vor dem Kriege in der schulfreien Zeit an die Bahnhöfe, um hier gegen ein kleines Entgelt den Gepäcksäcke zu spalten. Da aber die Dienstmänner darin eine unliebbare Konkurrenz erblickten und sich dagegen wandten, kam das Gepäcksäcke durch Schulkinder schließlich aus der Mode. So blieb manchen Jungen nichts weiter übrig, als höchstens um die Weihnachtszeit Zappelkinder zu fabrikan und auf dem Dinge namenhaft vor dem Warenhaus, zu verkaufen. Das war vor dem Kriege.

Die Nachkriegszeit hat nun auch unter der Jugend festgestellt, „neue Penale“ entstehen lassen. Am einträglichsten scheint heute noch das „Selling“ zu sein. Da kauft sich ein Breslauer Junge dieser Tage beim Tischler eine dünne Ratt für 5 Pfennige, befestigt an dem einen Ende einen ausgelegenen Fächer und ging nun damit „asselt“.

Das möchte er so: Er nahm die die Schichten der Straße vor, ging am Sonntag an und gab's zunächst auf der linken Seite in jeder Richtung, dann an den Bahnhöfen, dann in der Mitte, aber jetzt über den einen einseitig auf der rechten Seite. Das lag ein Unverständnis, denn hätte er ein Mark, wieder so anders ein „Käufchen“ und so weiter, ein Häufchen, wie der Junge dachte, der hässliche Betrag von 6 Mark 50 Pfennigen zusammen. Und das behauptete ein gewisser „Selling“.

Ratlos wird auch ein Kaffeebecher, ein Krugknopf oder ein Schlüssel hängengelassen, alles Dinge, die in täglich in die Lichtsäule zwischen die oberen Eilengitter hindurchplumpfen und dort liegen bleiben, bis sie eben von einem geschäftstüchtigen Jungen emporgeangelt werden.

Die Arbeit der Feuerwehr.

Am Sonnabend vormittags kurz nach 7 Uhr mußte die Feuerwehr nach Dittstraße 85 ausrücken. Durch Lagern von Holzeisen an einem Heizofen waren die Holzeisen und Holzabfälle in Brand geraten. Das Feuer konnte mit einer Schlauchleitung gelöscht werden.

Am Sonntag, morgens gegen 8 1/2 Uhr, erfolgte ein Alarm nach Rosenstraße 22. In einer im zweiten Stock des hinterhanges gelegenen Tischlerei war die in der Nähe des Leimofens angebrachte Hänge mit aufgestapelten Holzern, ein großer Teil der Decke und des Fußbodens angebrannt. Nach Vornahme von zwei Schlauchleitungen gelang es, das Feuer einzuschließen und in die Gewalt zu bekommen, so daß es auf seinen Herd beschränkt werden konnte. Das in dem Stock darüber gelegene umfangreiche Möbelleger konnte vor jedem Schaden bewahrt werden. Die Entstehungsurache war nicht zu ermitteln.

Nachts gegen 1/2 12 Uhr wurde die Landstraße nach Clarenkrampf gerufen. Es brannte hier ein Wohnhaus mit Stallung und eine Scheune mit Inhalt. In der Stallung waren vier Stück Rindvieh, eine Ziege, Kleintiere Heu und Stroh und verschiedene Maschinen verbrannt. Die Landstraße die als einzige Feuerwehr erschienen war, ging mit drei Schlauchleitungen vor, konnte aber nur noch das Weiterumflammen des Feuers aufhalten. Nach circa sechsstündiger Tätigkeit rückte sie wieder ab. Über die Entstehungsurache konnte nichts ermittelt werden.

Nachts gegen 2 Uhr mußte die Feuerwehr nach der Rathenaubrüde ausrücken, weil ein Mann ins Wasser gestürzt war. Der Verunglückte konnte jedoch nicht gefunden werden.

Die juristische Sprechstunde

findet diese Woche Mittwoch und Sonnabend von 3 1/2 bis 4 1/2 Uhr nachmittags statt. — Eingang Grändelplatz. Es wird nur Rechtsauskunft und zwar gegen Vorlegung der Abkommensquittung, erteilt. Schriftsätze werden nicht angefertigt.

* **Verpachtung der Jahrhunderthalle zur Sportarena.** Die Bewirtschaftung der Jahrhunderthalle sowie der Verkauf sämtlicher Bedarfsartikel für die nächsten Jahre zu allen Veranlassungen der Sportarena G. m. b. H., Herrn Heinrich Blume, Defonon der Hauptstadt Breslau, dieser Tage verpachtet worden, indem jetzt, wie in früheren Jahren, die Gesamtbewirtschaftung der Hauptstadt Breslau einschließlich Jahrhunderthalle wieder in einer Hand vereinigt ist.

* **Eine Prüfung für Gesangslehrer und Lehrerinnen.** Organisten und Chorleiterinnen nach den Prüfungsordnungen vom 24. Juni 1910 und 24. November 1925 findet am 8. und 9. November in Breslau statt. Meldungen hierzu sind bis zum 25. September dieses Jahres an das Provinzialschulcollegium in Breslau einzureichen.

* **Schülervorstellungen von „Das“.** Mit Unterstützung des Magistrats der Stadt Breslau finden von heute bis einschließlich Sonnabend, den 28. August, im Dittoriatheater Schülervorstellungen vormittags um 11 Uhr und nachmittags 3 1/2 Uhr von „Das“, Tragödie eines Sportlers von Ernst Lasowski, statt.

* **Rechtsberater Benno Schindler, Dessauerstraße 2** bittet uns, mitzuteilen, daß er mit dem in der „Volkswacht“ vom letzten Donnerstag in einem Gerichtsbericht erwähnten Rechtsberater G. nicht identisch ist.

* **11. Ziehungsstag Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie.** Wie uns die Lotteriebant Nr. 2, Breslau 5, Gehaus Tauenkientplatz 1, mitteilt, wurden folgende Gewinne gezogen: 25 000 Mark auf Nr. 31 362, 10 000 Mark auf Nr. 16 148, 57 261, 77 191, 5000 Mark auf Nr. 57 040, 85 474, 130 037, 146 453, 182 843, 3000 Mark auf Nr. 4549, 42 558, 65 772, 69 543, 76 479, 119 029, 128 072, 160 088, 196 261, 221 506, 236 389, 238 947, 292 922, 2000 Mark auf Nr. 5581, 10 164, 15 137, 34 696, 55 139, 186 913, 143 946, 150 079, 171 021, 181 870, 182 073, 195 133, 195 701, 204 738, 235 275, 270 948, 272 167, 272 493, 278 341.

* **Verloren hat ein Parteigenosse von Distrikt 35 in Gräbchen am 19. August** entweder Grabhauer Straße oder in der Milchhalle, Grabhauer Straße 183, sein Portemonnaie mit dem Wochenlohn und 6 Mark Geld von Beitragsmarken. Der ehrliche Finder wird gegen Belohnung gegen Belohnung Sonnenrofenweg 28, I, bei Paul Lehmann abzugeben.

* **Ein Kind bestohlen.** Am 18. August, vormittags gegen 11 Uhr, ist einem Mädchen in einer Anlage ein Portemonnaie mit Inhalt aus einem kleinen Einkaufstasche gestohlen und bald darauf beschlagnahmt worden. Anscheinend wird von den Eltern des Mädchens vermutet, daß dieses das Portemonnaie verloren hat. Gehörigste können sich im Zimmer 56 des Polizeipräsidiums melden.

Konzerte — Theater — Vergnügungen.

Im Lobetheater finden auch heute und die folgenden Tage, abends 8 Uhr, Wiederholungen des Berliner Ensemble-Stückspiels „Das“, Tragödie eines Sportlers, von Ernst Lasowski statt. Die Abonnenten dieser Zeitung zahlen Montag und Dienstag gegen Vorweisung des Inserats an der Tages- und Abend-Theaterkasse halbe Kassenpreise.

* **Stadtheater.** Die neue Spielzeit des Stadttheaters beginnt am nächsten Sonntag, den 29. August, mit einer Aufführung von Mozarts „Don Juan“ in vollständiger Neuausstattung, die von Operndirektor Cortolacci und dem neuen Spielleiter Dr. Herbert Graf vorbereitet wird. An weiteren Neuausstattungen werden in der ersten Woche Verdis „Macbeth“ unter musikalischer Leitung von Kapellmeister Bress und Vorhans „Tar und Zimmermann“ unter musikalischer Leitung von Kapellmeister Seidelmann in dem Spielplan erscheinen. Die Inszenierung der beiden Werke liegt in den Händen des neuen Spielleiters Dr. Herbert Graf. Die Bühnenbilder zu „Don Juan“, „Macbeth“ und „Tar und Zimmermann“ stammen von dem neuen Ausstattungskünstler Prof. Hans Wildemann. An Wiederholungen aus der vergangenen Spielzeit sind in der ersten Woche Verdis „Macbeth“, „Der Kreislauf“ und „Der Rosenkavalier“. Als erste Abonnementsvorstellungen sind in Aussicht genommen: für die Serie B am 1. September „Don Juan“, Serie C am 3. September „Tar und Zimmermann“, Serie A am 7. September „Macbeth“.

Bereinstalender.

Sozialistischer Kammerbau (S.K.B.). Sonnabend, den 28. August, im Beisein der Kameradschaftsabend (Geschlossene Gesellschaft, nur Angehörige und eingeladene Gäste haben Zutritt). Die Kameraden über 20 Jahre treffen sich morgen, Dienstag, 8 Uhr in der Bender-Oberrealschule, Besessmann.

Kameradschaftsabend, Kameradschaftsabend. Mittwoch, den 25. August, nachmittags 7 Uhr, findet im Zimmer 7/8 des Gewerkschaftshauses eine Begrüßung der Delegierten und Obmannschaft des Kameradschaftsabend. Jede Kammer sollte sich vertreten lassen. Die Ortsverwaltung.

Kameradschaftsabend, Kameradschaftsabend. Sonntag, den 29. August, abends 7 1/2 Uhr, findet im Zimmer 7/8 des Gewerkschaftshauses eine Begrüßung der Delegierten und Obmannschaft des Kameradschaftsabend. Jede Kammer sollte sich vertreten lassen. Die Ortsverwaltung.

Kameradschaftsabend, Kameradschaftsabend. Donnerstag, den 28. August, abends 7 1/2 Uhr, findet im Zimmer 7/8 des Gewerkschaftshauses eine Begrüßung der Delegierten und Obmannschaft des Kameradschaftsabend. Jede Kammer sollte sich vertreten lassen. Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Bezirksrat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 36
Telephon: Oble 5682.

Achtung! Bezirksrat und Distriktführer!
Achtung! Distriktführer heute, Montag, den 28. August, bei den Distriktführern. Distriktführer rechnen alle am Mittwoch, den 28. August, im Büro ab.

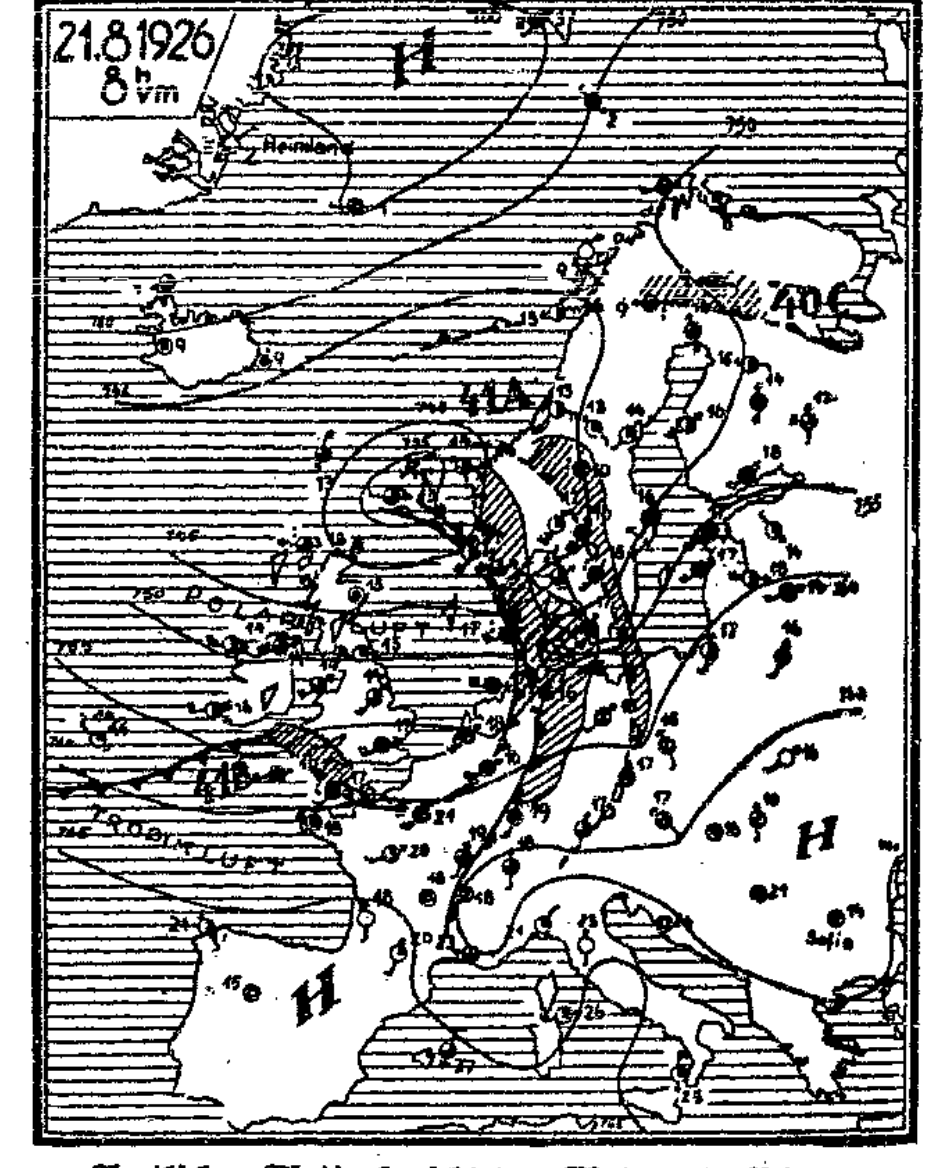
Distrikt 20. Heute, Montag, den 28. August, abends 8 Uhr, findet bei Götze die Abrechnung der Kassierer statt. Alle Funktionäre haben zu erscheinen. Abrechnung der Kassierer und Genossen, die Abrechnungsbücher in Händen haben, geben diese bis Dienstag, den 29. August, bei dem Distriktführer ab. Mittwoch, den 29. August, müssen sie in Händen der Abrechnungsbücher sein.

Freiwerkschaftliches Jugendzentralkomitee.
3. D. J. Jugend. Morgen, Dienstag, Spielfeld und Tans im Eisenpark, Gerner bitten wir, die Jugendfreunde, die noch etwas zur Ausgestaltung unseres „Jugendabends“ bringen wollen, am Dienstag bestimmt zu erscheinen. — Donnerstag, den 29. August, abends 8 Uhr, „Junger Abend“ im Heim Taidenstr. 31. Ein jeder Jugendfreund bringe ein neu erworbenes Mitgliebt mit.

Von den Arbeiterbesessenen.
Liebe Eltern und Genossen! Am kommenden Donnerstag, den 28. August, findet abends 8 Uhr in der Viktoriaschule, Wülfersstraße, ein Vortrag von Otto Feldt, Rantk (Wien) statt, der über „Sozialistische Erziehung“ vortragen wird. Da Rantk Großartiges für die österreichischen Kinderfreunde geleistet hat, ist es von großem Interesse für alle Eltern, aus seinem Munde selbst seine Lehren zu hören. Das Thema geht jung und alt an. Wir weisen nachdrücklich darauf hin, diesen wertvollen Vortrag nicht zu veräumen.

Unsere Helferkasse fällt diese Woche aus, da der größte Teil in Striegau am Kurhus teilnimmt.
Gruppe 1. Montag und Donnerstag 6-7 Uhr: Außenspieler, Vergeht nicht die Bälle mizubringen. Kleinsten Kinder, die gewillt sind, in der Gruppe zu spielen, können Montag die Sparten in Empfang nehmen.
Gruppe 2. Montag, 5 Uhr. Treffen am Heim. Bei schönem Wetter gehen wir auf die Wiese. Donnerstag, 5 Uhr, am Heim, Sonnabend 5-8 Uhr: Büchertausch.
Gruppe 3. Montag, 5 Uhr, Singen im Heim. Dienstag und Freitag 5 1/2 Uhr am Schlemmerplatz zum Spielen.
Gruppe 4. Wir kommen Montag und Mittwoch noch zusammen in der Zeit von 5-7 Uhr.
Gruppe 5. Diese Woche kommen wir nur Mittwoch zusammen, Treffen 4 Uhr an der Caroluskirche.
Gruppe 6. Mittwoch, 5 Uhr, zu Spiel und Tanz am Wenzels-Haude-Krankenhaus. Freitag, 5 Uhr, am Wenzels-Haude-Krankenhaus, Besessmann.

Alle Gruppenleiter holen heute abend oder im Laufe des morgigen Tages schnellstens die Einladungen zur Rantk-Verammlung von Emma Richter, Dumboldstr. 14, ab.



Amlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Arieten bei Breslau.

Der Durchgang der Störung 41 A erfolgte in Schlesien in der Nacht zum Sonntag. Beim Einbruch der maritimen Polarluft wurde das intensive Föhnstadium beendet. Der Wind sprang auf West und gewitterartige Böden legten ein. Ganz Nord-, Mittel- und Westeuropa wird jetzt von Polarluft überflutet, in der es infolge ihrer Instabilität noch zu einzelnen Gewitterböden kommt. Die Temperaturen werden 20 Grad nicht mehr überschreiten. Wir verbleiben zunächst noch im Bereich dieser Luftmassen. Aussichten: Bei abflauendem Nordwestwind noch vereinzelte Gewitterschauer, zeitweilig aufheiternd, nur mäßig warm. Aussichten für die schlesischen Gebirge: Bei anfangs noch schwachen nordwestlichen Winden wechselnde vorwiegend häufigere Bewölkung, vereinzelte Regen- oder Gewitterböden, kühlter.

Beste Wetternachrichten.

Datum	Temperatur		Wetter	Wind	Niederschlag	W. S. in 24 Stunden
	heut	Maxim.				
28. 8. 26.	heut	Maxim.	Wetter	Wind	Niederschlag	W. S. in 24 Stunden
Krieten	14	21	18	wolfig	28 26 6	gering
Schneelager ..	9	19	2	Nebel	2 3 1	9
Stritzberg	13	20	12	wolfig	28 6	9
Obersteiberhan	10	17	10	bedekt	28 3	0,5
R. Sälz. Haude					28 5	
...trauerbaude				Nebel	28 4	
Keisberg	11	18	11	wolfig	28 5 7	10
dand	13	20	12		28 4	7
Wülitz	14	19	12	bedekt	28 5	1
Rad Hitzberg	11	17	10		28 5	1
Seath	15	20	18	wolfig	28 7	2,5
... ..	15	17	15		28 3	1
neuüberbaude	6	15	5	Nebel	28 3 8	1,5
Kragbunz ...	14	15	12	wolfig	28 4	
Reiße	18	20	13		28 2	4
Gleiwitz	14	20	12		28 4	5
Johda	8	15	8		28 3	
Ban Galyerun	13	19	12	wolfig	28 5	gering
Gerita, R. Jened	15	20	18		28 8	

Briefkasten.

Allen Lesern und eine Begrüßung zuteil. Zweiggruppen abgeben sollen sich auf den Weg machen von den Volkswirtschaftlichen Ausschüssen; die Volkswirtschaftlichen Ausschüsse haben die Verantwortung zu übernehmen. Die Redaktion ersucht um 12-1 Uhr mündig. K. 12. Der Straßer-Club ist uns nicht bekannt. Stielrecht kennt ihn ein Feiler.

Aus Schlesien.

Kinderarbeit und Kinderausbeutung.

Im Stettiner Arbeiterblatt, dem „Volksblatt“ werden interessante Darlegungen über das Leben eines pommerischen Tagelöhners gemacht, die recht gut als Ergänzung zu dem bekannten Buche der Frau Dr. Simon über „Landwirtschaftliche Kinderarbeit“ bezeichnet werden können.

Das Stettiner „Volksblatt“ schreibt: „Der Sommer naht, der Rübenbau geht auf, die jungen Pflanzen müssen bezogen werden. Der Mitternachtsarbeiter schreut: „Das Schweiß!“ Die Tagelöhnerkinder leihen: wenn es heißt: „Rübenziehen!“ Was sind das für Ferien? Haben die kleinen Kinder nicht die Schulferien? Schon in den Winterferien warteten die kleinen auf die Ferien. In den Sommerferien werden die kleinen auf den Knien, so stehen die Kinder von 8 bis 14 Jahren morgens um 6 Uhr auf. Ein jedes Kind ist für ein Kribben, in dem keine saubere Schmelzener oder Butterkugel und eine flache Gerstentasse liegen, in der Hand. Auf dem Felde angelangt, bekommt jedes Kind von dem Aufsichtszweier oder einer lange Reihe zugeordnet. Und nun geht's bei Sonnenbrand und Regen auf feuchtem oder hartgetrocknetem harter Boden auf den Knien entlang, der geschwundene Rücken gekrümmt bis zur Erschöpfung, dann eine halbe Stunde Pause, in der die Kinder von den Halbwildhähnen die besten Lehren des Christentums zu hören bekommen über die Liebe des Nächsten zu seiner Nächsten.

Weiter, die Reihe ist ja noch endlos. An nichts denken, dann bleibt man zurück; nur die feinen Fingerkuppen in den harten oder schlammigen Boden einfrähen. Wie häufig durchdringt ein richtiger Landregen die Kinder bis auf die Haut. Arbeiten! Arbeiten!

Diese allgemeine Darstellung wird dann einige Stellen weiter erzählt durch einen Bericht über die Zustände auf dem Mitternachtskriese, und einige Gepflogenheiten des dortigen Landrats, der eine Ferienordnung mit folgendem Wortlaut erließ:

1. Ferien zum Rübenweizen vom 1. bis 14. Juli einschließlich.
2. Sommerferien vom 1. bis 14. August einschließlich.
3. Herbstferien vom 23. September bis 13. Oktober einschließlich.

Immerhin, das ist Pommern! Doch in Schlesien dürfte es nicht viel besser ausfallen. Sowohl zum Rübenweizen, als auch bei der Getreide- und Kartoffelernte wird die Landarbeiterjugend mit herangezogen. Wenn die Ferien nicht zureichen, müssen die Kinder eben von dem Säuglingskrieg entbunden werden. Die Dorfgemeinden haben weiterhin ja auch die Möglichkeit, durch einen entsprechenden Antrag bei der Schulinspektionsbehörde eine Verschiebung der Ferien zu erlangen, eine Verschiebung, die jedoch die betreffenden Ferien genau in die entgegengesetzte Zeit fallen. Zum Vergleichen fordert keine Gemeinde, und keine Gutsverwaltung diese Ferienverschiebung, zumal das Interesse an der Schule bei den Agrariern nicht immer gerade ein großes ist. Diese Zustände sind aber — wie das Stettiner Arbeiterblatt ganz recht schreibt — ein Hofm für einen Kulturstaat. Und gerade hieran ist zu erkennen, wie gewaltig die Arbeit ist, die von der Republik noch geleistet werden muß.

Unterzeichnung eines Abkommens über die Grenzstrecke der Oder.

Am 16. und 17. d. Mts. haben in Oppeln zwischen deutschen und polnischen Regierungsvertretern Verhandlungen über die Verwirklichung der Grenzstrecke der Oder und der Warthe unter Beteiligung von Vertretern der zuständigen deutschen und polnischen Behörden stattgefunden. Diese Verhandlungen haben zur Unterzeichnung eines Abkommens über die Grenzstrecke der Oder durch den Grafen Dr. Carl v. Czarbi und den polnischen Delegierten v. Koczorowski und den Sektionschef v. Konopka geführt. Die Verhandlungen über die Grenzstrecke der Warthe sollen demnächst fortgesetzt werden. Im Anschluß an die Verhandlungen in Oppeln haben an der deutsch-polnischen Grenze Ortsbefestigungen stattgefunden, die sich auf die Ausführung verschiedener Vorschläge der Grenzfestsetzungskommission zur Regelung wirtschaftlicher und rechtlicher Fragen bezogen.

Ein neues Jugendheim in Reichenbach.

Die Arbeiter-Wohlfahrt errichtet in der Neuborjerstraße in Reichenbach ein neues Jugendheim, welches neben seiner eigentlichen Bestimmung auch verschiedenen sozialen Zwecken nutzbar gemacht werden soll. Der Bau geht schon seiner Vollendung entgegen. Die Einweihung dürfte in Kürze stattfinden.

Verbot auch der „Greifenberger Nachrichten“.

Nachdem wegen Verächtlichmachung der republikanischen Staatsform der „Löwenberger Anzeiger“ vom Oberpräsidenten der Provinz Niederschlesien verboten wurde, ist auch jetzt ein Verbot der in Löwenberg erscheinenden „Greifenberger Nachrichten“ erfolgt, und zwar auf Grund des § 21 des Gesetzes zum Schutz der Republik vom 21. Juli 1922. (Herabwürdigung der verfassungsmäßig festgestellten republikanischen Staatsform Preußens durch Beschimpfung von Mitgliedern der republikanischen Regierung Preußens.) Das Verbot erfolgte auf die Dauer von drei Wochen, vom 19. August bis einschließlich 8. September.

Oberschlesische Autonomiewünsche.

In West- und in Oberschlesien ist fast gleichzeitig die Frage der provinzialen Selbstverwaltung wieder neu zur Debatte gestellt worden. Im deutschen Teil des schlesischen Landes hat unter Führung des Zentrums der ober-schlesische Provinzialausschuß eine Beschlussempfehlung der Provinzversammlung durch Notverordnung nach während der Landtagsferien verlangt. In Oberschlesien dagegen wird ein ähnliches polnische Kreise jetzt öffentlich der Wunsch zum Ausdruck gebracht, Schlus mit der ganzen polnischen Wojewodschafts-Autonomie zu machen.

Die Forderung nach beschleunigter Vervollständigung aller Provinzialeinrichtungen Niederschlesiens dürfte mehr für die Agitation als für den wirklichen Verlauf der provinziellen Verwaltungsentwicklung bedeuten. Notverordnungen bedürfen in Preußen bekanntlich der nachträglichen Genehmigung des Landtages. Diese ist in vorliegendem Fall nicht gegeben, so man kann annehmen, dass die Agitation jeder Vervollständigung in der ober-schlesischen Frage von der Taktik der Kommunisten wohl fagen, daß die Mehrheit für die Trennung durch Anwendung des auf der äußersten Distanz nicht bestimten Notverordnungsrechtes eher abzuwarten würde. Die künftige Begründung des ober-schlesischen Verlangens ist gewiß beachtenswert, da sie von schwerer Konkurrenz gegen den Breslauer Landeshauptmann erwirkt. Oberschlesien aus Rache für die Trennungspolitik bei den dringlichsten Bauten für den Hochwasserschutz zu vernachlässigen. Man wird aber fagen dürfen, daß die nächsten Wochen für diese Frage nicht von so großer Bedeutung sind, daß mit einer Annahme des Trennungsrechtes nach dem Zusammentritt des Landtages, also Ende September, wertvolle Zeit noch jetzt verloren gehen könnte. Die Forderung der jetzt beschleunigten Landtagsmehrheit wegen dieser wenigen Wochen läßt sich jedenfalls kaum verantworten und die Staatsregierung wird sich kaum der Unannehmlichkeit aussetzen, eine Notverordnung auf dieser kurzen Frist erlassen, deren Befristung nicht absolut sicher ist.

Ebenso dürften auch die Berichte über angebliche Aufhebung der ober-schlesischen Autonomie mindere Bedenken verhalten sein. Gerade jetzt vor der Septembertagung des Reichstages bemüht sich die polnische Regierung besonders, gewisse Forderungen in der Vervollständigung vornehmlich zu können. Sollen diese Forderungen auch tatsächlich des Reich-

hen Minderheiten im Osten Polens, so wird man sich doch fragen, den Deutschen gegenüber gerade in einem solchen Augenblick mit einer offensichtlichen Rücknahme von Rechten anzuhalten. Das wäre aber der höhere Ausdruck einer Aufhebung der ober-schlesischen Autonomie, wenn auch die tatsächlichen Vorteile der Wojewodschafts-Selbstverwaltung den Deutschen Oberschlesiens nur zum kleinsten Teile zugute gekommen sind. Da hinter der Forderung nach strenger Zentralisierung der Anhänger der letzten Vollschrift-Regierung stehen, wäre sogar vielleicht politisch in Einzelheiten bei den Warschauer Ministern zurzeit mehr zu erreichen als bei der Kattowitzer Behörden und dem in der Mehrheit stramm national-polnischen Wojewodschaftsrat. Der bürokratische Instanzweg würde aber von Oberschlesien bis nach Warschau dann in allen Dingen noch länger werden und die polnische Bürokratie würde wohl jede vernünftige Entscheidung, die in Warschau unter außen-politischen Gesichtspunkten getroffen wäre, dann noch strenger kontrollieren. Außerdem wächst ja die Anpassung auch der Vollschrift-Minister an die Einstellung der polnischen nationalen Rechtsparteien. So wird das ober-schlesische Deutschland tatsächlich in einer etwas einschränkten oder gar Aufhebung der provinziellen Autonomie eine weitere Bedrohung sehen müssen und sich schon gegen den bloßen Gedanken zu wehren haben, der diesmal vielleicht nur als Fühler in die Dessenlichkeit gekommen ist.

Das Urteil im Kattowitzer Spionageprozess.

Im Spionageprozess Liberer und Genossen, der am Donnerstagn, den 19. August, begann, wurde am Sonnabend das Urteil gefällt. Angeklagt waren bekanntlich der ehemalige Polizeikommissar Liberer, der ehemalige deutsche Leinwand- und Kaufmann Heinge, der Kaufmann Wrobel und der jetzige polnische Reservehauptmann Bogusz. Zur Last gelegt wurde den Angeklagten Informationen über den inneren Aufbau der politischen Polizei, wie über die Organisation der polnischen Polizei überhaupt, an das Polizeipräsidium in Gietow übermitteln zu haben. Die Verhandlungen fanden unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt und führten zur Verurteilung sämtlicher Angeklagten. Es wurden verurteilt Bogusz zu 5 Jahren Zuchthaus, Heinge zu 2 1/2 Jahren Gefängnis; Liberer und Wrobel wurden mangels genügender Beweise freigesprochen. Staatsanwalt Naitowski hatte beantragt gegen Bogusz 15 Jahre Zuchthaus, gegen Heinge 10 Jahre Zuchthaus, Liberer 4 Jahre Zuchthaus und Wrobel 5 Jahre Zuchthaus.

Die katholischen Ordensgenossenschaften in Nieder- und Oberschlesien.

Genau so wie in ganz Preußen, haben sich auch in Schlesien die katholischen Ordensgenossenschaften der Nachkriegszeit erheblich vermehrt. In Nieder- und Oberschlesien gab es 1913 zusammen 20 katholische Ordensgenossenschaften männlicher Personen mit 2000 Mitgliedern. 1922 war die Zahl der Ordensgenossenschaften gestiegen, die Zahl der Mitglieder aber auf 485 gesunken (infolge der Abtretung eines Teiles von Oberschlesien). 1924 stieg die Zahl der Genossenschaften auf 37 und die Zahl der Mitglieder auf 558. Im Jahre 1925 wurden 38 Genossenschaften gezählt. Die Zahl der Mitglieder war etwas gesunken, auf 543. Im Jahre 1913 gab es 589 Ordensgenossenschaften weiblicher Personen, die zusammen 5668 Ordensmitglieder hatten. 1922 war die Zahl der Genossenschaften, trotz der Abtretung eines Teiles von Oberschlesien, auf 606 und die der Mitglieder auf 6529 gestiegen. Das Jahr 1924 weist eine Abwärtsbewegung auf. Da gab es nur 589 Genossenschaften mit zusammen 5944 Mitgliedern. 1925 steigen die Zahlen wieder, der Genossenschaften auf 611 und der Mitglieder auf 6102.

Die Hauptaufgabe dieser weiblichen Ordensgenossenschaften dürfte wohl in der Krankenpflege und in der Erziehung der weiblichen Jugend in katholischem Sinne bestehen.

Reichenbach. Ein Heimatsmuseum soll nach einem Beschluß des Magistrats in den Räumlichkeiten des ehemaligen Schlachtenhauses hier errichtet werden. Die oberen Etagen sollen als Jugendheim eingerichtet werden. Das Heimatsmuseum wird sich auf das gesamte Gebiet des Gutfenbichgebietes erstrecken.

Waldenburg. Bei der Eisenbahnkatastrophe in Lehrte tödlich verunglückt. Der Rangierarbeiter Artur Hippel aus Waldenburg-Altwasser ist unter den toten Opfern des Eisenbahnunglücks bei Lehrte gefunden worden. Hippel, wohnhaft Breslauer Straße, ist 38 Jahre alt verheiratet und hinterläßt seine Frau und drei unversorgte Kinder. Er befand sich auf einer Ferienreise.

Gehardsdorf. Von einer Handgranate schwer verletzt. Ein furchtbares Unglück hat sich hier ereignet. Der Weber Knopf fand in der Scheune eine Handgranate, hantierte mit ihr, wobei diese explodierte. Schwer verletzt wurde er nach Leihan gebracht. K. ist um so mehr zu bedauern, als sich seine Frau am Silbestertag aus Gram über ein unheilbares Leiden ihrer Tochter ermittelte, während der Sohn an den Folgen einer Krankheit, die er sich im Kriege zugezogen hatte, verstarb.

Wasserleitung. Unfälle beim Bau der Wasserleitung. Der Bau der Wasserleitung in Wartenitz ist mit etwa 70 Arbeitern in Angriff genommen worden. Schon in den ersten Tagen waren dabei einige bedauerliche Unglücksfälle zu verzeichnen. Durch einstürzende Grabenwände wurden zwei Arbeiter verschüttet. Beim Sprengen erlitt ein anderer Arbeiter durch einen abirrenden Stein schwere Kopfverletzungen.

Bunzlau. Ein Sittlichkeitsverbrechen wurde in Berlin des 22-jährigen Arbeiters Otto M. in das Amtsgericht Bunzlau eingeliefert. M. hatte ein achtjähriges Mädchen in der Nähe der Glasbläser in Behrau in den Wald gelockt und das Kind dort vergewaltigt.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Achtung, Parteifunktionäre!

Mit Rücksicht auf zwei große politische Veranstaltungen am 19. und 26. September (Gaulandtag des RB und Bezirkskommunalversammlung der SPD.) sollen die für den Kreis Neumarkt vorgesehenen Kreisversammlungen ausbleiben.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Bezirksleitung Breslau (Land)-Neumarkt. Abteilung IV West.

Sämtliche Spielleute der Abteilung IV haben Dienstag, den 24. August, abends pünktlich 7 1/2 Uhr zur Uebung zu erscheinen. Uebungslokal: Kawroich, Groß-Mohbern.

Infolge des am 5. September stattfindenden Bezirkstreffens in Carlswitz, wo ein Zusammenspiel der ganzen Abteilung erfolgt, ist es Pflicht, jedes einzelnen Spielkameraden, zu erscheinen. Leitung: Gaurambour Kamerad Nieke, Breslau.

Sonnabend, den 28. August: Ortsverein Groß-Mohbern, abends 8 Uhr, bei Scheiter: Royatsbergsammlung.

Sonntag, den 29. August: Ortsverein Ederdorf, vormittags 9 Uhr bei Dindas in Ederdorf: Wichtige Mitglieder-versammlung.

Infolge der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht, daß jeder einzelne Kamerad pünktlich erscheint.

Der Bezirksleiter.

Wasserhand

28. August		29. August	
Rothbar	2.24	Kawroich (Unter-Post)	3.24
Kaffe (Stadt) v. 22.8.	0.24	Dybnitz	2.24
Kellerräumung (Unter-Post)	2.10	Wartenitz (abends) 165 ober	
Beck (Wartenitz)	2.00	Wartenitz (abends) 22.8.	1.24
Explos	1.12	Wartenitz (abends) 7.12.7.	

Wirtschaft.

Rückgang der Vieh Schlachtungen.

Ein Ausbruch der furchtbaren Wirtschaftskrise sind sicherlich die abnehmenden Schlachtungen, die das Preussische Statistik-Büro für das laufende Jahr 1925 feststellt. In den drei Monaten April bis Juni 1925 wurden 64 000 Stück Rindvieh, 72 000 Schweine, 12 000 Schafe und 1200 Ziegen aufgeschlachtet, also um die gleiche Zeit des Vorjahres. Nur die Ziegen schlachtungen haben zugenommen, und zwar um die beträchtliche Zahl von 6000.

Im Vergleich mit dem Vorjahresjahr 1919 bleiben die Viehschlachtungen wesentlich zurück, und zwar bei Schweinen um über 1 000 000 = 18,2 Prozent, bei Schafen um rund 21 000 = 3,7 Prozent und bei Ziegen um 18 000 = 25%. Was die Schlachtungen an Rindvieh betrifft, so überwiegen sie zwar zahlenmäßig die Schlachtungen von 1919 um 210 000 Stück. Wenn man aber die einzelnen Schlachtungen untersucht, ergab sich, daß vor allem Dingen mehr Jungvieh, namentlich Kälber, geschlachtet worden sind. Die Zusammenfassung der Viehschlachtungen war infolgedessen so, daß von je 100 Stück Rindvieh 60,2 Prozent auf Kälber, 9,9 Prozent auf junge Rinder, 20,9 Prozent auf Kühe und 9 Prozent auf Ochsen und Bullen entfielen. 1919 betrug der Anteil der Kälber aber 54,5 Prozent der Jungvieh 8,5 Prozent, der Kühe 22,8 Prozent und der Ochsen und Bullen 14,2 Prozent. Also auch bezüglich der Schlachtungen von Rindern liegt in Wirklichkeit eine erhebliche Minderleistung und Minderversorgung für die Bevölkerung vor.

Ueberschußgebiet Schlesien.

Dr. Gotthold Guertler.

Im übrigen Reich herrschen ganz falsche Vorstellungen über den Grad der Abhängigkeit der gesamten deutschen Wirtschaft von den Erzeugnissen Schlesiens. Daß man vor der Abtretung schlesischen Gebietes in vielen Produkten (fast auf Schlesien angewiesen war, was wohl bekannt — übrigens ohne wirtbare Anerkennung zu finden. Seitdem aber die Abtrennung eines Teiles von Oberschlesiens auch den Verlust der gesamten ober-schlesischen Förderung von Zink, Blei, Silber, Jast der gesamten Förderung von Eisen (90,9 Prozent), über vier Fünftel bei Walzprodukten und Zink, über drei Viertel bei Steinförde und fast drei Viertel bei Rohraaf, schließlich über die Hälfte bei Rohreien und Koks gebracht hat, glaubt man, Schlesien ganz nebenächlich behandeln zu können. Man würdigt nicht, daß durch intensivierte Arbeit ein Teil der Verluste wettgemacht ist — bei Steinförde bereits ein Drittel — man hätte die verbleibenden Bodenschätze mit Unrecht für unbedeutend und man veracht vor allem die Ueberfülle landwirtschaftlicher Produkte.

Bielesicht ist man damit zufrieden, daß Schlesien wenigstens seinen Zuschuß an Agrarprodukten braucht, aber weiß man nicht, daß der Ueberfluß der landwirtschaftlichen Produkte Schlesiens heute — nach Verlust der wichtigen Agrarprodukte in Polen und Westpreußen — für das übrige Reich von viel größerem Werte als vor dem Kriege ist. Darüber aber, wie außerordentlich groß dieser Ueberfluß ist, ist man sich im Reich auch nicht annähernd klar, sonst wären die ständigen Zurücklegungen Schlesiens nach unverständlich.

Selbst schlesische Wirtschaftler kennen möglicherweise nicht ganz die Bedeutung der Produktion ihres Heimatlandes. Sie soll deshalb hier zum Teil — nämlich für die wichtigsten Ernterträge — nach den Ergebnissen des Jahres 1925 festgelegt werden.

Schlesien beherbergt auf einem Dreizehntel der Fläche (7,7 Prozent) des deutschen Reiches und ein Viertel (27,2 Prozent) der deutschen Bevölkerung. Die Erntemengen in den wichtigsten landwirtschaftlichen Produkten betragen aber immer mehr als ein Fünftel des gesamten deutschen Ertrages, bei Weizen mehr als ein Viertel und bei Zucker rüben sogar mehr als ein Fünftel.

Anteil der deutschen Gesamternte ohne Saargebiet im Jahre 1925

Nieder-schlesien, Ober-schlesien, Gesamt-schlesien

Produkt	Nieder-schlesien	Ober-schlesien	Gesamt-schlesien
Zuckerrüben	18,28%	4,02%	22,30%
Weizen	9,51%	3,32%	12,83%
Gerste	8,17%	3,70%	11,87%
Roggen	8,38%	3,19%	11,57%
Kartoffeln	8,08%	3,31%	11,40%
Hafers	7,78%	3,40%	11,18%

Anteil an der deutschen Gesamtfläche ohne Saargebiet

Region	Anteil
Nieder-schlesien	5,67%
Ober-schlesien	2,07%
Gesamt-schlesien	7,74%

Der schlesische Boden gibt also viel mehr für die deutsche Wirtschaft her, als seiner anteiligen Größe entspricht — und zwar auch in Oberschlesien, (trotzdem hier noch mehr als in Niederschlesien auch andere Erzeugnisse stärker als im übrigen Reichsdurchschnitt gewonnen werden).

Das Ausmaß des Ueberflusses der schlesischen Agrarprodukte wird noch besser ersichtlich, wenn man die Erntemenge anteilig auf den Kopf der Bevölkerung berechnet. Dabei ergeben sich in Schlesien teilweise die doppelten Mengen, ja einmal auch mehr als die vierfache Produktion.

Die Ernte 1925 ergab in Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung berechnet:

Produkt	Im Deutschen Reich ohne Schlesien	In Nieder-schlesien	In Ober-schlesien	In Gesamt-schlesien
Zuckerrüben	138,4	597,5	302,3	503,1
also mehr als im Reich	—	459,1	163,9	369,7
Weizen	48,3	96,9	77,8	91,1
also mehr als im Reich	—	48,6	29,5	42,8
Roggen	122,9	214,1	187,9	205,6
also mehr als im Reich	—	91,2	65,0	83,0
Gerste	39,5	67,2	70,0	68,1
also mehr als im Reich	—	27,7	30,5	28,6
Hefer	85,5	137,4	138,7	137,8
also mehr als im Reich	—	51,9	53,2	52,9
Kartoffeln	637,3	1067,8	1006,6	1049,7
also mehr als im Reich	—	490,5	369,3	412,4

Wie mit den Mengen, die das Reich ohne Schlesien pro Kopf produziert, der Bevölkerungsbedarf bedekt, was nicht immer der Fall ist, so könnte beispielsweise:

Nieder-schlesien ins Ausland verkaufen mehr als dreierhalb seiner Zuckerrübenmenge, die Hälfte seiner Weizenmenge, ungefähr zwei Fünftel seiner Ernte an Roggen, Gerste, Hafer und Kartoffeln.

In Oberschlesien sind die Ernterträge bei Gerste und Hafer noch etwas besser als in Niederschlesien, sonst geringer, aber immer noch bedeutend höher als im übrigen Reich.

Wovon nun aber pro Kopf mehr verbraucht als im übrigen Reich gewonnen wird, verbraucht auch Schlesien etwas von seinem Ueberfluß. Der gesamte übrige Ueberfluß Schlesiens wird vom Reich aufgelesen, was verhindert in den allgemeinen Ausnahmefällen und Schlesiens große Produktionsleistung gelangt kaum zur Kenntnis im übrigen Reich und wird erst recht nicht gebührend anerkannt.

Hilfliche Devisenkurse der Berliner Börse

vom 21. August	
1 Pfund Sterling	20,877
1 Dollar	4,195
100 schwe. Gulden	168,24
100 belg. Francs	22,89
100 norw. Kronen	61,91
100 dänig. Gulden	41,89
100 österr. Kronen	14,79
100 span. Peseten	111,40
100 gr. Francs	100,00
100 fr. Francs	100,00
100 fr. Francs	100,00
100 fr. Francs	100,00
100 fr. Francs	100,00

Obi Erste Anzeiger der Postcard.

Konferenz der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerksarbeiter.

Am 21. und 22. August versammelten sich im Breslauer Gewerkschaftshaus etwa 140 Delegierte aus mehr als 70 schlesischen Wasser-, Gas- und Elektrizitätsbetrieben, sowie 20 Funktionäre des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter (Wirtschaftsbezirk Schlesien), zu einer Konferenz, die eine bedeutende Tagesordnung umschloß. Es entsprach durchaus der Wichtigkeit dieser Tagung, daß außerdem als Gäste zugegen waren: Stadtrat Genosse Neufürch als Vertreter des Magistrats, die Direktoren Baumann und von Herrmann vom Gaswerk und vom Elektrizitätswerk, Herr Kitzner vom Wasserwerk, Genosse Kurt Wietz für die Sozialdemokratische Partei, Genosse Wierlich für den Bezirksausschuß, Genosse Ruffert für den Ortsausschuß des ADGB, und die Genossen Stope und Otto für die Sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion.

Der Verbandsvorstand Genosse Füllner hob in seiner Eröffnungsansprache hervor, daß Wasser, Gas und Elektrizität drei wichtige Faktoren unseres Kulturlebens darstellen. Da die Gasversorgung und Stromversorgung die Landesgrenzen durchbricht, gibt es auf diesem Gebiet bereits ein Paneuropa.

Genosse Neufürch betonte in seiner Begrüßungsansprache, daß das Bett, in dem wir liegen, schon längst zu eng ist. Wir ersticken in Breslau förmlich vor Enge, daher begrüßen wir die fortschreitende Eingemeindung. Genosse Ruffert hob hervor, wie wichtig es sei, daß wir Wasser, Gas und Elektrizitätsversorgung in kommunaler Regie haben. Bei einer privaten Bewirtschaftung dieser wichtigen Werke hätte die Allgemeinheit durch höhere Preise den Schaden.

Auf der Tagesordnung standen für Sonnabend drei Vorträge:

1. Die Wasserversorgung der Gemeinden (Vicht-Vortrag). Referent: Herr Direktor Gherle, Liegnitz.
2. Die neuzeitliche Gasversorgung und Herstellung. Referent: Herr Direktor Baupel, Reichenbach.
3. Elektrizitätsversorgung und Verteilung. Referent: Herr Stadtrat Bartel, Dresden.

Den wichtigsten Vortrag hielt am Sonntag, dem zweiten Tage der Konferenz, Kollege Orloff-Berlin über das Thema: „Welche Lehren zieht die Arbeiterbewegung aus dem technischen und finanziellen Zusammenschluß in der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwirtschaft?“

Schließlich war noch eine Besichtigung der Breslauer Gas- und Wasserwerke vorgesehen.

Direktor Gherle, der erste Vortragsredner, gab zunächst einen historischen Rückblick über die verschiedenen Methoden und Vorrichtungen zum Heben und Weiterleiten des Wassers bei den ältesten Völkern, wobei er bis in das Jahr 3000 vor Christi Geburt. Er lieferte dann eine Uebersicht über die einzelnen Wasserleistungen und Kraftbetriebe der Gegenwart, behandelte Lampen, künstlich erzeugtes und natürliches Grundwasser, Hebewerke, Pumpen, Filtration, Sterilisation, Rohrnetz und anderes, um zum Schluß die Wasserversorgung in Schlesien zu berühren, von der er sagte: Wohl in keiner deutschen Provinz sei die Wasserversorgung der Städte und Gemeinden so gefördert worden, wie in Schlesien. Epidemien und Seuchen sind bis jetzt wenig oder gar nicht in Schlesien zu verzeichnen gewesen. In Schlesien habe man die Wichtigkeit der Wasserversorgung für die Einwohnerzahl erkannt.

Direktor Baupel trat darauf ein, daß die Gasversorgung der Städte nicht durch das Privatkapital ausgebaut wird, sondern, daß die Gemeinden aus eigener Kraft eine großzügige Gasversorgung durchführen müßten. Die großen Werke müßten wir haben, denn nur diese können profitabel arbeiten. Im übrigen ging er auf die modernen Neuerungen in der Gasversorgung ein, die sich die gemeindlichen Werke unbedingt zu eigen machen müßten. Die Kleinbetriebe können unmöglich gewinnen und im Interesse der Allgemeinheit arbeiten. Ferner behauptete der Redner, die Gasversorgung, jedoch auch unter Ausschaltung des Privatkapitals. Durch Kompression des Gases ist man in der Lage, das Gas in Röhren von verhältnismäßig geringem Durchmesser unter hohem Druck auf weite Entfernungen zu leiten, ähnlich wie der Hochspannung elektrische Strom mit verhältnismäßig geringen Kosten nahezu unbegrenzt weggeleitet werden kann. Durch diese Möglichkeit ist man nicht mehr gezwungen, das Gas in unmittelbarer Nähe des Verbrauchsortes herzustellen. Das Gas kann vielmehr auf größere Entfernungen bezogen werden. Am Niederrhein und in Westfalen ist die Gasfernversorgung bereits mit bestem Erfolg eingeführt. Direktor Baupel wünscht den gemeindlichen Betrieben mehr Freiheit in der Verwaltung. Sie müßten freier und selbständiger disponieren können! Nicht, daß erst immer wegen jeder Kleinigkeit eine besondere Sitzung anberaumt werden muß.

Stadtrat Bartel aus Dresden, der Elektrizitätsfachmann, führte aus: Gemeinwirtschaftliche Verhältnisse lassen sich nicht von heute auf morgen schaffen. Sie sind nur möglich als Entwicklungsresultat. Zentralregelung durch Gemeindevorteile und Verteilung möglichst großer Distanzen durch sie, das ist das, was als besonders wirtschaftlich angestrebt werden muß. Der Referent wies nach, daß die zentrale Elektrizitätsversorgung eine unbedingte Notwendigkeit ist. Aus diesem Grunde schilderte er ausführlich die musterartige Elektrizitätsversorgung im Freistaat Sachsen. Dort ist bekanntlich die Elektrizitätsversorgung durch Landesgesetz geregelt und auf diesem Gebietes fortpflegen ein Staatssozialismus verwirklicht. Unbestreitbar hat Sachsen hierzu das Vorbildlichste von allen deutschen Staaten geleistet. Gerade die Stromversorgung drängt ja zu immer größerer Verbreitung. Diese drei Vorträge erweckten reges Interesse und auch einen Anlaß zur Stellung verschiedener Fragen, die von den Referenten beantwortet wurden.

Am Sonntag hielt Kollege Orloff aus Berlin seinen Vortrag.

„Welche Lehren zieht die Arbeiterbewegung aus dem technischen und finanziellen Zusammenschluß in der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwirtschaft?“

Der Referent geht zunächst auf die bekannten Forderungen der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerksarbeiter ein und schildert dann ausführlich den Unterschied zwischen öffentlichen und gemeinwirtschaftlichen Betrieben. Der Verbandsvorstand steht auf demselben Standpunkt wie der Preussische Städtetag, der am 27. Mai 1925 auf der Tagung in Köln folgenden Antrag annahm:

„Die zur Versorgung der Bevölkerung mit Wasser, Gas und Elektrizität dienenden Betriebe gehören ebenso wie die Verkehrsmittel in die öffentliche Hand, und zwar in erster Linie in die Hand der Gemeinden.“

Die ganze Nacht unserer Organisation soll eingehend werden, um dem Schicksal des Preussischen Städtetages Geltung zu verschaffen. Kollege Orloff schildert dann ausführlich die Entwicklung der Ferngasversorgung in Deutschland. Die Ferngasversorgung ist durchgeführt im Ruhrgebiet, Berlin, Sachsen, Thüringen, und in verschiedenen anderen Gebieten. Auch in Schlesien sind Bestrebungen im Gange, die Ferngasversorgung durchzuführen. Die Gaslieferung soll hauptsächlich erfolgen aus Kokereten und Hüttenbetrieben. Jetzt laufen Verhandlungen mit der Hohenburger Industrie, um von Wabburg aus Breslau mit Gas zu versorgen. Die Führung liegt hier bei der Gaszentrale Waldenburg. Wasser-Darstellung ist die Ferngasversorgung in Reichenbach, Rangenhofen, Ober-Reichenbach usw. Es handelt sich hier um ein kommunales Unternehmen, welches vom Gaswerksdirektor Baupel geleitet wird. Waldenburg hat heute noch eine eigene Gasverteilung. Diese Gasverteilungsbetriebe bezieht im Gas aus den Kokereten der Hohenburger Industrie. Die Gaszentrale in Waldenburg ist durch den Staat zu übernehmen, der Waldenburg keine

Gasverteilungsbetriebe abgibt. Man will eine Gaszentrale Niederschlesien G. m. b. H. in Waldenburg errichten. Die Gaszentrale gehört zu der Kölner A. G., die Dortmund. In der neu zu gründenden Gaszentrale soll Waldenburg 50 Prozent und die private Gesellschaft ebenfalls 50 Prozent Gesellschaftskapital erhalten. In den Aufsichtsrat, welcher aus sechs Personen besteht, werden von der Stadt drei und von der Kölner A. G. ebenfalls drei Mitglieder bestimmt. Das Stammkapital der zu gründenden Gesellschaft soll 100 000 M. betragen. Es ist vorgesehen, daß Direktor Kerber von der Gaszentrale „Niederschlesien“ als Geschäftsführer der neu zu gründenden Gesellschaft eingesetzt wird. Aus den vorliegenden Vertragsentwürfen ist folgendes zu entnehmen:

Die Verträge laufen bis zum 1. Juli 1976. Falls nicht zwei Jahre vorher gekündigt wird, verlängern sich die Gesellschaftsverträge um weitere 10 Jahre. Die Stadt Waldenburg hat also die Möglichkeit, erstmalig am 1. Juli 1974 zu kündigen. Abschreibungen sollen erfolgen nach kaufmännischen Grundsätzen. Vom Reingewinn wird je ein Drittel an die Stadt und an die Aktiengesellschaft als Nachzuschlag abgeführt. Das restliche Drittel fließt dem Reingewinn dar und wird nach Geschäftsanteilen anteilig ausgewiesen. Privatkapitalistische Tendenzen des Vertrages machen sich besonders auch in § 3 des Konzessionsvertrages bemerkbar. In diesem § ist ausdrücklich festgelegt, daß zur Erfüllung von Anlagen, welche die entsprechende Verzinsung und Tilgung nicht aufbringen, die Gesellschaft nicht verpflichtet werden kann. Es soll also nicht das Gemeinwohl gefördert werden, sondern wie in jedem Privatbetrieb die Profitrate eine besondere Rolle spielen. Die Verkaufspreise für Gas sollen in alter Höhe bestehen bleiben. Jedoch ist der Aufsichtsrat in der Lage, Spezialtarife für die Industrie abzugeben.

Die Gaszentrale „Niederschlesien“ zahlt eine jährliche Pachtlumme an die Stadt Waldenburg von 80 000 M. Außerdem erhält die Stadt für Benutzung städtischer Verkehrsstraßen, Straßen, Wege, Plätze usw. jährlich 30 000 M. Der Pachtvertrag läuft bis 1976. Im § 7 ist noch vorgesehen, daß der Gaswerksdirektor Kober mit allen Rechten in die neue Gesellschaft übernommen wird. Es ist aber kein Wort darüber geschrieben, was aus den übrigen Arbeitern und Angestellten wird. Alle Bedarfsartikel sollen möglichst durch die Zentraleinkaufsgesellschaft der A. G. Köln beschafft werden. Die Aktiengesellschaft besorgt weiter die kaufmännischen Arbeiten des Unternehmens. Die Jahresabschlüsse werden ebenfalls durch die genannte Gesellschaft geprüft.

Die ganze Angelegenheit wird heute so hingestellt, als wenn die Stadt Waldenburg die größten Vorteile von der Vereinigung mit der Gaszentrale hätte. In Wirklichkeit sind es aber die bekannten Methoden, um mit allen Mitteln zu verhüten, daß die Gemeinden Eigenerzeugung erhalten oder zur Eigenerzeugung zurückkehren.

Redner weist an Hand von Beispielen nach, wie das private Kapital mit allen Mitteln versucht, die Gaswerke in seine Hand zu bekommen, um dann später, wenn die Werte „angelegt“ sind, ein Gasmonopol aufzurichten.

Er geht dann ausführlich auf die Elektrizitätsversorgung Deutschlands ein. In Hand von graphischen Darstellungen zeigt er den Zusammenschluß in der Elektrizitätswirtschaft, die technische und finanzielle Verbindung der Werke untereinander.

Die schlesische Elektrizitäts- und Gas-Aktiengesellschaft in Giechwitz gründete im Jahre 1898 die „Ober-schlesischen Elektrizitätswerke“. Es wurden zwei Kraftwerke errichtet, eins in Chorzow und das andere auf der Königin-Luise-Grube in Zaborze. In schneller Folge schlossen sich fast alle Städte und Landgemeinden an. Staatsbahnhöfe, sowie die Straßen der ober-schlesischen Straßenbahn wurden von den beiden Zentralen mit elektrischer Energie versorgt. Das größte der beiden Kraftwerke, Chorzow, mit einer Maschinenleistung von 81 200 Kilowatt liegen heute auf polnischem Gebiet. Das Versorgungsgebiet reicht von Rattowitz über Myslowitz-Larnowitz, Beistritz bis nach Giechwitz. Hochspannungsleitungen von 60 000 Volt beliefern das Ueberlandwert Oberschlesien in Reife. Im Bau ist eine 60 000-Volt-Leitung von Zaborze nach Giechwitz. Ein weiterer Ausbau der 60 000-Volt-Zentralleitung ist projektiert, um das Landgebiet Oberschlesien zu versorgen, und auch die landwirtschaftlichen Betriebe sollen mit elektrischer Energie versorgt werden.

In den Gas- und Elektrizitätswerten ist heute eine gute Konjunktur. Die Gasproduktion stieg von 25 Milliarden Kubikmeter im Jahre 1909 auf 3,2 Milliarden Kubikmeter im Jahre 1925. Im gleichen Zeitraum stieg der Stromverbrauch von 2,2 Milliarden Kilowattstunden auf rund 10 Milliarden Kilowattstunden. Trotz guter Konjunktur sind die Löhne in den Werken auf Vorrang bedürftig. In den verschiedenen Gebieten Deutschlands schwanken die Löhne für Handwerker zwischen 65 und 98 Pf. Die Löhne der ungelerten Arbeiter sind 25 bis 30 Prozent niedriger. Die Verkaufspreise für Gas schwanken zwischen 10 und 25 Pf. und für Wasser zwischen 12 und 33 Pf. pro Kubikmeter. Für Elektrizität, die an Kleinkonsumer geliefert wird, bezahlt man in Berlin 16 Pf. pro Kilowattstunde. In den übrigen Städten Deutschlands schwanken die Preise zwischen 20 und 66 Pf. Allgemein ist festzustellen, daß in den Betrieben, wo gemeinwirtschaftliche Betriebe als Stromlieferanten auftraten, Kraftstrom außerordentlich billig geliefert wird, dagegen müssen von den Kleinkonsumern die höchsten Preise gezahlt werden. Das Bestreben der gemeinwirtschaftlichen Betriebe geht offensichtlich dahin, Fabriken usw. billigen Strom zu liefern. Von besonderem Interesse ist auch, daß in den Gebieten, wo Ferngasversorgung durchgeführt ist, das Gas keineswegs billiger an die Bevölkerung abgegeben wird. An Hand von graphischen Darstellungen zeigt der Referent, wie hoch sich die Selbstkosten bei Erzeugung und Verteilung stellen.

In rund 78 Prozent aller Werke beträgt die tägliche Arbeitszeit acht Stunden. Eine Ausnahme machen die östlichen und westlichen Provinzen. Redner geht dar. auf die Unfallgefahren ein und weist an Hand des Berichtes der Berufsgenossenschaft die erschreckende Steigerung der Unfallziffern nach. Aufgabe der Betriebsräte muß es sein, mehr wie früher darauf zu achten, daß die Unfallverhütungsvorschriften eingehalten und in den Betrieben die nötigen Schutzvorrichtungen vorhanden sind.

In den Gas- und Wasserwerken haben wir rund 80 Prozent der Belegschaft in unserem Verbande organisiert. Schlechter ist das Organisationsverhältnis in den Elektrizitätswerten. Kollege Orloff führt das schlechte Organisationsverhältnis in den Elektrizitätswerten hauptsächlich auf die gewerkschaftliche Zersplittertheit der Elektrizitätsarbeiter zurück. Im Gegensatz zu den Gas- und Wasserwerken sind an den Abhängigen von Tarifverträgen für die Elektrizitätswerte in vielen Fällen noch die Berufsorganisationen beteiligt. Rund 53 000 Arbeiter der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke gehören heute unserer Organisation an. Sollen die Interessen der Arbeitnehmer dieser Betriebe mit Erfolg vertreten werden, so ist eine geschlossene Organisation notwendig. Eine einheitliche Zusammenschließung aller Arbeitnehmer der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter muß das zu erstrebende Ziel sein.

Folgender vom Kollegen Orloff eingebrachte Antrag wurde von der Konferenz einstimmig gutgeheißen:

„Die von Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter organisierten Vertreter der Arbeiterbewegung der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerte vor Schlichter erheben gegen den Unterhalt der technischen, teilweise durch Gelder der Reichsregierung bedeckten, Kosten. Die technische Notwendigkeit ist ihrem Richter die höchste Erwägung des Arbeitsfriedens in den lebenswichtigen Betrieben, es ist jedoch auch eine wirtschaftliche Notwendigkeit, wenn dort, wo die technische Notwendigkeit besteht, die Reichsregierung die Kosten der Werk großen

Schaden zugefügt. Da auch die leitenden Gas- und Wasserfachmänner auf ihrer Tagung in Darmstadt 1925 einstimmig die Technische Notwendigkeit ihrer wirtschaftlichen Nachteile abgelehnt haben, erwartet nunmehr die Arbeiterbewegung der lebenswichtigen Betriebe von der Reichsregierung die endgültige Befreiung der Technischen Notwendigkeit. Die Bundeskonferenz erkläre sich grundsätzlich bereit, die Notstandsarbeiten durch freie Vereinbarung auf der Grundlage der Beschlüsse der Gewerkschaftsorganisationen zu lassen.

Ferner fordert die Bundeskonferenz die Aufhebung der Verordnung der Reichsregierung vom 10. November 1920, die die Arbeiterbewegung der lebenswichtigen Betriebe unter ein Ausnahmegesetz stellt. Die Arbeiterbewegung dieser Werke ist sich der hohen Verantwortung bewußt, welche sie der Gesamtwirtschaft gegenüber trägt. Der steigende Einfluß der Gewerkschaftsbewegung ist die beste Sicherheit für eine auch die Interessen der Allgemeinheit dienende Anwendung der Streikwaffe.“

Der Einheitsverband zum Eisenbahnunglück bei Lehrte.

Düsseldorf, 21. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Beirat und Vorstand des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands hat sich auf seiner vom 20. bis 22. August in Düsseldorf stattfindenden Tagung mit dem schweren Eisenbahnunglück bei Lehrte beschäftigt und tief erschüttert davon Kenntnis genommen, daß dieser neuen Katastrophe 21 Menschenleben zum Opfer gefallen sind. Neben der wirtschaftlichen Schadenshaltung der Opfer des Unglücks fordern sie die strengste Untersuchung der wirklichen Unfallursache. Der Beirat und Vorstand des Einheitsverbandes geben dann noch folgende Auffassung Ausdruck:

Die Häufung der Unfälle schwerster Art (München, Langenbach, Lehrte) läßt erkennen, daß die Verkehrssicherheit auf der deutschen Reichsbahn mehr und mehr verloren geht. Als Hauptursache dieser beunruhigenden Erscheinung ist zweifellos die verkehrte Eisenbahnpolitik der Reichsbahnverwaltung anzuspochen. Das Moment der Verkehrssicherheit wird alljährlich dem Streben nach hohen Ueberschüssen untergeordnet. Der übertriebene Ausbau gerade bei dem Betriebs- und Verkehrsdezernat, die Verminderung der Leistungsfähigkeit des Personals durch zu lange Dienstzeiten und schlechte Bezahlung, die starke Beschränkung in der Streckenüberwachung und Aufsicht und nicht zuletzt auch die Abgabe von Oberbauarbeiten an die im Akkordsystem arbeitenden Privatunternehmer mußten sich zum Nachteil der Sicherheit des Verkehrs auswirken. Wo es sich um die Betriebssicherheit handelt, muß das Akkord- und Antzeilensystem ausgeschieden. Nicht unbeachtlich darf auch die Tatsache bleiben, daß viele tausende Kilometer von verbesserungsbedürftigem Oberbau vorhanden sind, die aus früherer Sparpolitik nicht erneuert und nicht den neueren schwereren Fahrzeugen angepaßt sind.

Der Einheitsverband weist auf die verhängnisvolle Wirkung der jetzigen Eisenbahnpolitik auf die Sicherheit des Betriebes seit Jahren mit allem Nachdruck hin. Sein Bestreben auf Herstellung sicherer und zuverlässiger Verhältnisse im Eisenbahnbetrieb erfordert die volle Unterstützung der breiten Öffentlichkeit wie auch der Regierung und des Reichstages. Insbesondere muß das vom Verkehrsministerium erwartet werden, das als Aufsichtsbehörde für betriebssichere Zustände der Reichsbahn in erster Linie verantwortlich ist.

Die Abwanderungserscheinungen in Ostpreußen.

Die staatspolitische Pflicht der Regierungstellen. Der Direktor des Instituts für ostdeutsche Wirtschaft, Prof. Dr. Mann, hat soeben im Verlage Gustav Fischer, Jena, eine Schrift über „Ostdeutsche Wirtschaftsförderung“ herausgegeben. In dieser Schrift wird unter anderem die aufsehenerregende Feststellung gemacht, daß aus der Provinz Ostpreußen in der Zeit vom 1. September 1923 bis zum 16. Juni 1925, also in nur 1½ Jahren, 160 000 Personen abgewandert sind. In der Zeit vor dem Kriege erfolgte die Abwanderung durchschnittlich nur 1750 Personen im Jahre.

Nach der „Deutschen Tageszeitung“ Nr. 880 ist die gewaltige Abwanderung einmal ein Symptom für die schwierige Wirtschaftslage, in der sich Ostpreußen seit den letzten Jahren befindet, zu anderem aber für die Wirkung der unnatürlichen Abschmähung durch den polnischen Kartell.

Wir betreten, daß das allein ausschlaggebende Gründe sind. Nach unseren Wahrnehmungen und Beobachtungen geht sich der größte Teil aller aus Ostpreußen abgewanderten Personen aus Landarbeitern zusammen, denen die ostpreussischen Großgrundbesitzer das zum Leben notwendige verweigern, und die sich die unerhörtesten Beschränkungen in ihrer persönlichen Freiheit gefallen lassen müssen. Wir behaupten nicht zuviel, wenn wir sagen, daß der ostpreussische Landarbeiter der am schlechtesten entlohnte und abhängige Arbeiter in ganz Deutschland ist. Wer Unterlagen für diese Behauptung wünscht, möge sich das umfangreiche Material zur Hand nehmen, das wir in letzter Zeit der Öffentlichkeit zugänglich gemacht haben.

Bei der gewaltigen Abwanderung, wie wir sie in der Provinz Ostpreußen erleben, dürfen unseres Erachtens die Regierungstellen nicht mehr schweigen. Hier müssen sie rücksichtslos die Situation klären und unverzüglich beraten, was zur Abstellung der von Prof. Mann aufgedeckten die Interessen des Staates tief berührenden Erscheinungen geschehen muß. Ein Bangemachen durch die Wünsche der ostpreussischen Großgrundbesitzer kann und darf es nicht mehr geben.

Verbot der Sonntagsarbeit in den Konditoreien.

Die klaren Bestimmungen in der Verordnung über die Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien von 28. November 1918, die jede Arbeit an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen verbieten, wolle einigen Richtern aus der alten Schule nicht einleuchten. Immer wieder werden Gerichtsurteile gefällt, wonach Gelegenheitsarbeiter freigesprochen werden. Obwohl die gewerkschaftliche Organisation der Gehilfen sich wiederholt über diese Schotage beschwerdeführend an das Reichsjustizministerium wandte und auch von dort des öfteren die Staatsanwälte angewiesen wurden, gegen solche freisprechende Urteile Berufung einzulegen, finden sich immer wieder Richter, die mit Absicht und voller Ueberlegung diese Arbeiterverbotsbestimmungen sabotieren. Man braucht sich daher nicht wundern, wenn die Sonntagsarbeit in den Konditoreien immer mehr um sich greift. Eine wirtschaftliche Notwendigkeit, für die Herstellung von Lederartikeln, wie Eis, Creme und Schlagsahne besteht in dieser Zeit der großen Not in weiten Kreisen wirklich nicht. Auch das Konditoren-gewerbe kann keine wirtschaftliche Schädigung durch das Verbot der Sonntagsarbeit nachweisen, im Gegenteil, allgemein muß wahrgenommen werden, daß sich in der Nachkriegszeit die Konditoreien fast allgemein zu luxuriös ausgestatteten Cafés umstellten und bedeutende Kapitalien bei solchen Umbauten aufwenden. Es muß also viel Geld in den Konditoreien verdient werden können. Das Vorgehen der Unternehmer entspricht lediglich den Profitinteressen und sie schrecken dabei nicht zurück, die Gehilfenzeit wieder in die hebentätige Arbeitswoche zu verschieben. Ganz besonders aber muß endlich einmal den Richtern, die nur im Interesse der Unternehmer die freisprechenden Urteile fällen, gesagt werden, daß sie nicht dazu beitragen, die Arbeiterjahre zu verkürzen.

Parteilosen und Genossinnen werbt ständig für die Volkswacht!

